

Ausschuss für Tourismus
Kurzprotokoll
55. Sitzung

Berlin, den 23.04.2008, 14:00 Uhr
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (MELH)
Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1
Sitzungssaal: 3.101

Vorsitz: Marlene Mortler, MdB

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Anhörung zum Thema

"Grenzüberschreitende Tourismuskoooperationen"

Sprechregister Abgeordnete

	Seite
Marlene Mortler	6, 13, 16, 22, 23, 26
Annette Faße	13,
Klaus Brähmig	13, 23
Ernst Burgbacher	14,
Dr. Ilja Seifert	14, 23
Bettina Herlitzius	15,
Renate Gradistanac	22
Brunhilde Irber	23
Jens Ackermann	23
Dr. Reinhold Hemker	23
Ernst Hinsken	23

Sprechregister Sachverständige

	Seite
Helmut Etschenberg	6, 21, 24
Peter Heise	7, 19, 24
Christopher Krull	8, 18, 24
Micaela Lindheimer	9, 17,
Dipl.-Ing. Kaspar Sammer	10, 16, 25
Lutz Thielemann	12, 16,

Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, ich eröffne die heutige 55. Sitzung des Tourismusausschusses und begrüße Sie ganz herzlich. Ich freue mich, dass wir heute diese Anhörung durchführen, die für mich persönlich und ich denke, das gilt für alle Kolleginnen und Kollegen, aber auch für die anwesenden Gäste, sicherlich spannend werden wird. Wir haben die Expertenmeinungen bzw. -ausagen schon schriftlich erhalten (Anlage). Für mich ist das Thema deshalb so spannend, weil wir heute nicht über inländische Kooperationen reden, sondern über länderübergreifende Tourismus-Kooperationen, die nicht auf dem Papier stehen, sondern die existieren. Ich bin sicher, dass wir sehr gute Beispiele ausgewählt haben. Ich freue mich auf Ihre einzelnen Wortmeldungen, meine Dame und Herren Experten, denn „gemeinsam statt einsam“ ist Ihre Devise vor Ort. Ich bin sicher, dass Sie am Ende alle davon überzeugen können, dass eine Politik fernab vom Kirchturm besser ist als das, was sich leider oft entwickelt hat.

Ich darf nun im Einzelnen in alphabetischer Reihenfolge unsere Sachverständigen begrüßen: Herrn Helmut Etschenberg, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Eifel Tourismus GmbH, Herrn Peter Heise, Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Europaregion POMERANIA e.V., Herrn Christopher Krull, Geschäftsführer Schwarzwald Tourismus GmbH und Expertenausschuss Tourismus Oberrheinkonferenz, Frau Micaela Lindheimer, stellvertretende Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz, Herrn Dipl.-Ing. Kaspar Sammer, Geschäftsführer EUREGIO Freyung – Bayerischer Wald/Böhmer Wald Sumava und Herrn Lutz Thielemann, Geschäftsführer Europastadt Görlitz. Ich darf zunächst Herrn Etschenberg um das Wort bitten.

Helmut Etschenberg (Vorsitzender des Aufsichtsrats der Eifel Tourismus GmbH): Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass ich auch im Namen der übrigen Kollegen zunächst einmal sehr herzlich dafür danken darf, dass der Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages sich das Thema länderübergreifende Tourismuskoooperationen zu eigen macht, auch um das Bewusstsein zu heben und mit Beispielen aus der Praxis vielleicht auch für andere Anstöße geben zu können. Ich glaube, wir sind alle sehr gerne Ihrer Bitte nachgekommen, hier heute vorzutragen. Jeder hat seine Stellungnahme vorgelegt. Ich würde gerne noch einen Hinweis als Vorbemerkung machen wollen. Ich empfand es als sehr wohltuend, dass nach 2003 in diesem Jahr ein neuer tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung vorgelegt worden ist, der auch noch einmal deutlich macht, wo unsere Zukunft liegt. Wenn man das mit den Zielsetzungen abgleicht, die man in der eigenen Organisation verfolgt und dort feststellt, dass das, was hier zum Ausdruck kommt, eigentlich auch unserer Zielsetzung entspricht, dann befinden wir uns auf einem guten Weg.

Zur Eifel-Region: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube auf statistische Daten sollte man verzichten. Aber ich denke, dass man deutlich machen darf, dass wir in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz im Jahre 2003 eine gemeinsame Tourismusorganisation geschaffen haben, die durchaus Aufsehen erregt hat, weil sie erstmals Bundesländer übergreifend geschaffen worden ist und darüber hinaus haben wir dann in der Folge mit den belgischen Nachbarn kooperiert, nämlich mit dem Teil Eifel-Ardennen, wo wir insgesamt auf einer Fläche von mehr als 8.000 km² und mehr als einer Mio. Einwohner gemeinsam Zielsetzungen im Tourismus verfolgen. Es ist gelungen, zehn Kreise auf nordrhein-westfälischem und Rheinland-Pfälzer-Gebiet, die diese Eifel repräsentieren und die deutschsprachige Gemeinschaft Ostbelgiens gemeinsam zu einer touristischen Organisation, nämlich Eifel-Ardennen-Marketing, zusammenzuführen. Was daran besonders spannend ist, ist, dass man grenzüberschreitend mit unterschiedlichen Kulturen gemeinsame Zielsetzungen vornehmen kann und wir ein gemeinsames Ziel finden konnten, nämlich die touristische Destination Eifel-Ardennen und die Darstellung der Vielfalt der Region gemeinsam nach außen hin zu vertreten. Wir haben die üblichen Dinge auf den Weg gebracht, die man machen muss, damit man in den Marketingbereichen auch wahrgenommen wird, das sind Image-Prospekte, touristische Karten, Veranstaltungskalender und Magazine zu Wandern und Radfahren. Wir haben darüber hinaus gemeinsam Anzeigen geschaltet, Internetpräsentationen und ähnliches vorbereitet, Pressereisen durchgeführt und auch das hat durchaus Aufmerksamkeit ausgelöst, dass wir beispielsweise auf der ITB in Berlin gemeinsam mit unseren belgischen Nachbarn uns für unsere Ziele eingesetzt haben. Die Strategie, die für uns erfolgreich war, hieß ganzheitlicher Ansatz der Weiterentwicklung eines einheitlichen Kulturlebens und Wirtschaftsraumes.

Was vielleicht in diesem Ausschuss auch von Interesse sein darf, ist, dass es uns durch die Kooperation im Tourismus gelungen ist, auch eine gemeinsame Zukunftsinitiative Eifel auf den Weg zu bringen, indem - ausgelöst von dem Impuls Tourismus - wir über andere Felder ein Zukunftsprogramm der Strukturentwicklung des gesamten Eifelraumes haben Einigkeit erzielen können. Ich denke, dass hier der Tourismus eine enorme Schlüsselfunktion hatte und man sieht an diesem Beispiel, dass der Tou-

rismus viele Türen öffnet und weitere Chancen der Entwicklung ermöglichen kann, wenn sich Partner einig sind und dies auch wollen. Im Zusammenhang mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) Eifel-Ardennen-Marketing haben wir diese grenzüberschreitende Plattform gefunden, eine Region, ein regionales Konzept und regionaler Konsens, das war die Anfangsvoraussetzung.

Meine Damen und Herren, wir haben feste Strukturen geschaffen und die sind unabdingbar, denn von gelegentlichen Arbeitstreffen ist dauerhaft kein Impuls auszulösen, sondern wir haben darüber hinaus in diesen Prozessen Gremienbesetzungen vorgenommen, danach hatten Sie auch gefragt. Die Politik muss diese Prozesse begleiten sowie engagiert unterstützen. Formale Hindernisse liegen nach wie vor dadurch im Wege, dass diese EWIV Eifel-Ardennen-Marketing leider nicht Bewilligungsempfänger von EU-Zuschüssen sein kann, weil nationale Co-Finanzierungen nur an nationale Organisationen gehen können und steuerrechtliche Hindernisse im Vordergrund stehen und unterschiedliche Vergaberichtlinien eigentlich Entwicklungen dieser Art hemmen. Da wäre es wünschenswert, wenn es Chancen gäbe, dies ein Stück zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was können wir als Erfolgsrezept empfehlen? Ich denke, das Erfolgsrezept ist, dass wir nationale Identitäten nicht aufgeben, gemeinsame Ziele im Sinne der Vielfalt als Einzigartigkeit unserer Region herausstellen und der Tourismus Motor der weiteren Regionalentwicklung war. Die Zusammenarbeit mit den Partnern auf fachlicher und politischer Ebene ist hervorragend. Ich glaube, dass wir gemeinsam die Erfahrung gemacht haben, dass über menschliches Zugehen aufeinander und fachliches Austauschen dann anschließend auch eine Wertschätzung gegenseitiger Art stattfinden kann. Auf dieser Vertrauensbasis findet dann der Wille zu Gemeinsamkeiten und zum erfolgreichen Arbeiten statt. Auch in der Bevölkerung hat dies bei uns in dem Nachbarraum Belgien, Niederlande und Deutschland zu positiven Erfolgen geführt, wie z. B. die Zusammenarbeit in anderen Bereichen Feuerwehr und Polizei, Kultur, Sport und musische Vereine. Dort gibt es Veranstaltungsreihen, die dazu angetan sind, dass man sich gegenseitig auch über die Grenze hinweg besucht.

Meine Damen und Herren, Vorurteile abbauen und die Verbesserung der bilateralen Beziehungen, kann ich für den deutsch-belgisch-niederländischen Grenzraum uneingeschränkt bejahen. Dass das natürlich, wenn bei einer Fußball-Europameisterschaft Deutschland gegen die Niederlande Fußball spielt, an diesen Tagen ein bisschen tangiert ist, ist nachvollziehbar, aber diese Emotionalität ist sicherlich nicht von dauerhafter Natur. Die Chancen und Perspektiven der Zusammenarbeit sind für uns jedenfalls ganz eindeutig mit einem positiven „Ja“ zu bezeichnen. Wir haben messbare Erfolge dadurch, dass das Interesse von Gästen deutlich gestiegen ist, diesseits und jenseits der deutschen und belgischen Grenze, unseren Raum zu besuchen. Überzeugendstes Argument ist, dass selbst als es keine Marketingförderung für das Eifel-Ardennen-Marketing mehr gab, wir Partner auf deutscher, belgischer und jetzt auch auf luxemburgischer Seite haben, die bereit sind, eigenes Geld in die Hand zu nehmen und ohne eine Förderung dieser Zusammenarbeit auch beizutreten. Ich glaube, das ist ein sehr überzeugendes Signal. Wir hoffen naturgemäß, dass es uns dann gelingt, um hier weitere Impulse auszulösen, auch noch einmal weitere Fördermöglichkeiten erschließen zu können.

Ich möchte mir noch eine Schlussbemerkung erlauben. Wir möchten gerne, dass die Eifel und die Ardennen Naturerlebnisregion Nummer 1 in Europa werden. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es ist zu erreichen, denn wir sind in zwei Autostunden von 35 Millionen Menschen zu erreichen.

Peter Heise (Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Europaregion POMERANIA e.V.):

Wie mein Vorredner möchte ich mich natürlich bedanken, dass wir heute bei Ihnen zur Anhörung sein können. Ich denke, das geht uns allen so, wie wir hier sitzen. Unsere Region ist mit der Region des Vorredners nicht zu vergleichen. Sie wissen, dass die Grenze zwischen Polen und Deutschland erst seit 60 Jahren besteht. Schon aus dieser Tatsache heraus gibt es ganz andere Arbeitsmöglichkeiten und -aufträge. Die Bedingungen für eine Zusammenarbeit gerade mit unserem Nachbarn Polen sind doch ein bisschen anders zu sehen, als in den gestandenen Grenzregionen, z.B. Niederlande, Dänemark, Belgien, Frankreich usw. Diese Grenze ist relativ jung und schon daraus alleine entstanden bei der Kooperation und dem Beginn der Zusammenarbeit gerade in diesem Bereich doch erhebliche Probleme. Es ging darum, nicht nur über Projekte zu reden, sondern auch um den Abbau der Befindlichkeiten auf beiden Seiten. In diesem Zusammenspiel war es grundsätzlich überhaupt erst einmal möglich, eine Zusammenarbeit aufzubauen, denn auch zu DDR-Zeiten ist eine solche Zusammenarbeit in der Form ja nicht möglich gewesen. Das vielleicht als ein Hinweis.

Wir arbeiten nicht nur mit Polen zusammen. Zur Euroregion, die ich hier vertrete, gehört auch der Südtteil Schwedens. Also arbeiten Schweden, Polen und Deutsche in einer Region zusammen. Sie

versuchen über die verschiedensten Möglichkeiten gerade den touristischen Bereich zu erschließen. Die Ostsee ist dabei das Bindeglied. Der Name POMERANIA ist die lateinische Bezeichnung für Pommern und klingt eigentlich sehr gut. Das war auch der Wunsch der polnischen Seite, diesen deutschen Begriff für die Euroregion zu werten. Sie sehen dabei auch die Wertschätzung, die man dem Thema der Zusammenarbeit gewidmet hat.

Zum Tourismus ist zu sagen, trotz dieser Schwierigkeiten, die ich anfangs nannte, ist es uns gelungen, eine Vielzahl von Verbindungen zu schaffen, die eigentlich, wenn man die Ursprünge sieht, so nicht voraussehbar waren. Die Vereinsebene ist in Polen sehr schwach ausgebildet. Es gibt ganz andere verwaltungsmäßige Strukturen als in Deutschland. So ist vieles nicht vergleichbar. Trotzdem ist es gelungen, dass wir mit unserem Nachbarn, der Wojewodschaft Westpommern, eine Zusammenarbeit in diesem touristischen Bereich aufgebaut haben. Wir hatten gestern eine Konferenz zu diesem Thema im Zentrum der Wojewodschaft. Es wird ein POMERANIA-Puzzle für den Bereich Tourismus Radwegeprogramm geben.

Es gibt die Zusammenarbeit der Fremdenverkehrsverbände innerhalb der Euroregion. Die Euroregion der Deutschen Seite erschließt sich von Rügen bis nach Berlin; es ist der Raum um Stettin für die polnische Seite bis oben nach Kolberg. Das sind vielleicht Begriffe, die man noch kennt. Sie sehen, hier sind Potenziale. Kolberg ist die Gesundheitsstadt in Polen. Hier erschließt sich für uns der Bereich des Gesundheitstourismus. Das ist ein Ziel, welches wir uns gesetzt haben, nicht nur die allgemeinen touristischen Ziele zu verfolgen, sondern auch diesen Bereich zu nutzen. Wir haben ein Naturpotenzial in den Bereichen neben der Ostsee. Vergleichbar mit der Müritz-Region gibt es den Insko-Nationalpark und den Naturpark Drawsko. Das sind vergleichbare Größenordnungen. Uns ist gelungen, dass diese Regionen auch zusammenarbeiten. Es gibt ein großes grenzübergreifendes Thema, das ist das Thema Eiszeit. Eventuell ist Ihnen der Name Geopark bekannt. Über die Geoparks sind wir dabei, eine weitere Kette zu schließen, diese Hinterlassenschaften aus der Eiszeit, die aus Schweden gekommen sind, dann in einem Gesamtkonzept zu bündeln, das dann mit Radwegen, Gastronomie, Hoteliers usw. verbunden ist, um Gäste in die Region zu holen, aber auch diejenigen, die in der Region wohnen mit touristischen Attraktionen vertraut zu machen, und das grenzübergreifend. Dazu gibt es auch im medialen Bereich eine ganze Reihe von Projekten. Es gibt ein GPS-System im Radwegebereich. Es gibt die Printmedien, die in diesem Bereich arbeiten. Es gibt das Radio POMERANIA, das einmal im Monat über den NDR ausgestrahlt wird und über Attraktionen und Informationen innerhalb der Euroregion berichtet. Es gibt Arbeitsgruppen, die sich mit verschiedenen Themen befassen. Es gibt ein Projekt „Vier Ecken“, in dem Dänemark, Schweden, Polen und Deutschland zusammenarbeiten und sich im Bereich der kulinarischen Versorgung bewegen und dort die regionale Esskultur vermarkten wollten. Ich könnte das fortsetzen, aber Sie haben die Unterlagen vorliegen und ich denke, dann brauche ich das nicht alles zu erzählen.

Schwierigkeiten bereitet uns, was mein Vorredner auch sagte, die Kompliziertheit der Förderprogramme. Die Kommission sagt eigentlich, dass man nach den Maastrichtkriterien letztlich auch das Subsidiaritätsprinzip anwenden soll. Das findet aber nicht statt. Wenn eine Förderung für die Grenzregion durch die Kommission gewährleistet wird, dann sollte sie auch in die Grenzregionen gehen. Das geht aber nicht. Sie geht ganz einfach in die Länder und die Länder entscheiden dann, was sie damit machen oder nicht machen. Das halte ich für keine gute Lösung. Diejenigen, die das leisten, sind letztendlich die Vereine, die Verbände und die Kommunen. Man sollte überlegen, ob es sinnvoll ist, das auch so beizubehalten, dass diese Förderung, die für Grenzregionen gedacht ist, dann auf die NUTS-3-Ebene abgestellt wird. Da werden dann Landkreise und kreisfreie Städte genannt und da wird letztendlich nach gut Dünken entschieden. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern muss man sagen, wirkt dieses Prinzip, aber in Brandenburg eben schon wieder nicht. Da gibt es Unterschiede. Wir haben eben ein föderales System. In Sachsen wird in der Neiße-Region von der Staatskanzlei aus das Programm geleitet und eben nicht aus dem regionalen Bereich. Daher die Bitte, da der Bund letztendlich der Vertreter gegenüber der Kommission ist, doch dieses Thema einmal einzubringen und zu sagen, warum nicht in die Regionen, die diese Arbeit leisten. Dann wären viele der Probleme, die sicherlich noch kommen werden, auch gelöst sein können. Macht man es nicht, muss man immer wieder über diese ganzen komplizierten Wege nachdenken, die derzeit gegangen werden. Sicherlich ist dabei zu beachten, dass es nicht nur Deutschland gibt. Es gibt die vielen anderen Länder, die auch sehr darauf beharren, nach ihrem Prinzip zu verfahren. Aber Deutschland ist eines der größten Geberländer und hat da auch ein entsprechendes Gewicht. Wenn man sich dort einbringt, könnten wir uns vorstellen, dass das für die Entwicklung des Tourismus und die Region selbst vorteilhaft wäre.

Christopher Krull, Geschäftsführer Schwarzwald Tourismus GmbH, Expertenausschuss Tourismus Oberrheinkonferenz: Ich darf Sie entführen 1.300 Kilometer von Pommern in Richtung Südwesten. Wir befinden uns im Schwarzwald, zwei hier anwesende Abgeordnete kennen die Region

sehr gut. Wir reden über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einem wunderschönen Drei-Länder-Eck. Da ist die Schweiz und Frankreich mit betroffen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat eine sehr lange Tradition. Sie geht in die 50er Jahre zurück und berührt die problematische Beziehung, die damals noch zwischen Frankreich und Deutschland herrschte. Da hat der Tourismus wirklich Grenzen durch fantastische Projekte überschritten. Seit den 50er Jahren arbeiten wir bereits sehr eng zusammen, da haben sozusagen die Vorväter wirklich tolle Arbeit geleistet. Das erste Projekt, was dort bereits 1954 angedacht wurde und 1960 dann umgesetzt wurde, war die Grüne Straße vom Schwarzwald in das Elsass hinein, in die Vogesen hinein, eine Verbindungslinie, die heute noch in einem Verein existiert. Da muss man wirklich sagen, dass die sehr erfolgreich gemacht wurde. Es gibt einen oberrheinischen Museumspass. Das ist eine fantastische Möglichkeit nicht nur für die Touristen, sondern auch für die Einheimischen. Man kann 120 Museen auf allen drei Länderseiten besuchen. Das ist ein tolles Programm und bringt die Kultur natürlich, aber auch die wichtigsten Museen, Kunstgalerien usw. hier zusammen und versetzt die Gäste und auch die Einheimischen in die Lage, hier fantastisches zu erleben.

Wir veranstalten permanent einen tri-nationalen Informationstag im Europapark. Herr Burgbacher hat uns dort auch schon tatkräftig unterstützt. Der Europapark hat eine wichtige Funktion für uns. Sie können sich vorstellen, dass ein Freizeitpark, der größte Deutschlands, als Europapark schon den Namen in sich trägt, die entsprechenden Länder als Thema hat und uns immer wieder unterstützt und alle Touristiker einlädt von allen drei Seiten des Rheins, aus der Schweiz, aus Frankreich und aus Deutschland, um sich gegenseitig kennen zu lernen und Informationen auszutauschen, was es denn nun auf der anderen Seite gibt. Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist das Wichtigste, dass die Menschen zusammenkommen, dass sie sich verstehen, dass sie sich kennen lernen, trotz der unterschiedlichen Mentalitäten.

Wir machen gerade ein neues Projekt „Mythische Orte“. Alles, was der Schwarzwald zu bieten hat, ist ja Mythos und das gibt es natürlich auch grenzüberschreitend. So haben wir also sehr viele Projekte. Wir haben Organisationen, die sehr gut funktionieren mit dem Expertenausschuss der Oberrheinkonferenz. Wir sind kurz vor dem nächsten Schritt, in die Metropolregion am Oberrhein einzutauchen und hier eine neue Vertragsform zu finden und auch zu festigen.

Ich muss leider auch in das gleiche Klagegedicht einstimmen, wie meine Kollegen vor mir. Leider sind auch bei uns die bürokratischen Hürden ein Problem. Die INTERREG-Programme sind immer komplizierter gestaltet und mit mehr mit bürokratischen Hürden aufgebaut. Daher meine herzliche Bitte, tun Sie etwas dagegen, damit wir unbürokratisch gut und schnell zusammenarbeiten können. Auch mit der Schweiz ist es für uns sehr wichtig zusammen zu arbeiten. Obwohl sie nicht EU-Mitglied ist, klappt es eigentlich relativ gut. Die Schweizer geben sich sehr generös, das, was die EU nicht zahlt, zahlen sie eben als Nation mit hinzu. Das klappt gut, wir sind zufrieden und freuen uns, dass Sie das hier zum Thema gemacht haben.

Die Fußball-EM findet im Juni in Basel und Zürich statt. Wir haben eine gemeinsame Zeitung herausgebracht und die Länder stellen sich vor. Es stellen sich drei Länder vor, um dieses Thema natürlich touristisch zu nutzen. Wir hoffen, dass das so ein bisschen in die Richtung, wie die WM geht und dann haben alle Spaß.

Micaela Lindheimer (Stellv. Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz): Sehr geehrte Damen und Herren, auch ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass ich hier sein darf und Ihnen unsere kleine Region Sächsische Schweiz und das, was wir zukünftig noch grenzüberschreitend damit vorhaben, vorstellen zu dürfen. Wir sind wie gesagt eine kleine und auch noch sehr junge Region, ein junger Tourismusverband, der 1991 gegründet wurde. Wir haben aber bereits 1995 in unserem touristischen Leitbild, was übrigens das erste regionale touristische Leitbild in Deutschland war, als eines der zehn wichtigsten Ziele festgelegt, dass die Zusammenarbeit und die Kooperation mit Böhmen eine unserer Hauptaufgaben sein wird und soll. Die Sächsisch-Böhmische Schweiz, das, was wir sozusagen als Vision haben und was unsere Destination zukünftig werden soll, hat allerdings auch schon eine sehr lange Tradition von fast 200 Jahren. Schon in dieser Zeit reisten Sommerfrischler, Gäste zu Erholungszwecken von Dresden aus in die Sächsische Schweiz bis nach Böhmen, um sich dort zu erholen, um die Natur und die schöne Landschaft zu entdecken und sich von diesem grandiosen Stückchen Erde selber ein Bild zu machen. Die Künstler haben es dann noch weiter verbreitet und noch mehr Gäste in unsere Region gelockt. Unser Ziel und auch unsere Vision ist es also, diese Region wieder zu beleben, eine gemeinsame Destination Sächsisch-Böhmische Schweiz wieder zum Leben zu erwecken.

In den vergangenen 15 Jahren seit unserer Gründung gab es schon immer Kontakte zur böhmischen Seite, weil es ja auch in unserem Leitbild festgeschrieben war. Allerdings fiel uns das sehr schwer. Durch viele kleine Projekte, ständig wechselnde Partner auf der böhmischen Seite, wenig Vernetzung auf dem Gebiet der Böhmisches Schweiz, wenig Kontakte und zuverlässige Informationen gelang es uns zwar sehr oft gemeinsame Arbeitstreffen und Workshops zu veranstalten, alle waren sehr freundlich, aber es waren ständig neue Partner und kaum einer hatte Kompetenz. Das sind eigentlich auch die größten Probleme gewesen, um eine gemeinsame Arbeit voranzutreiben. Deswegen möchte ich Ihren Kollegen Brähmig hier mit ins Boot holen, der ja eigentlich der beste Sachverständige zumindest für unsere Region ist. Er hat u. a. den Startschuss für ein großes Vernetzungskonzept Sächsisch-Böhmische Schweiz gegeben. Dieser Startschuss war eine Auftaktveranstaltung zu der wir dann richtig Schwung geholt haben und nicht nur die entsprechenden Leistungsträger auf einer Ebene eingeladen haben, sondern alle wichtigen und notwendigen Akteure und Entscheidungsträger dazu geholt haben. Das waren Politiker, Touristiker, Vertreter der Nationalparke, Verkehrsträger, eigentlich Akteure und Entscheidungsträger der verschiedensten Ebenen, die alle die Chance erkannt haben, dass wir nur gemeinsam diese Destination entwickeln können und das dadurch ein Wachstumspotenzial für beide Seiten entstehen kann. Wir haben einen Partner gefunden, der es sich genauso in den Kopf gesetzt hat wie wir, auf der böhmischen Seite nämlich, diese Destination wirklich zu entwickeln und diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Wir haben mit diesem Partner seit 2005 schon einige Erfolge zu verzeichnen. Dazu zählen u. a. ein grenzüberschreitendes Vernetzungskonzept mit einem Maßnahmenplan und einer Stärken-Schwächen-Analyse, die uns hilft, die weiteren Aktionen voran zu treiben, wie regelmäßige Treffen, Beratungen und Exkursionen für die Multiplikatoren. Auch da haben wir in den vergangenen Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht, dass das hilft, die Akteure zusammenzubringen. Wir haben mittlerweile ein gemeinsames Logo und ein gemeinsames Corporate Design entwickelt. Dieses wird auch seit diesem Jahr schon kommuniziert. Wir arbeiten bei verschiedenen Projekten zusammen, z. B. beim Projekt Elbe-Radweg, was vielleicht einigen schon bekannt ist, bei verschiedenen Publikationen und wir haben gemeinsame Messeauftritte sowohl in Dresden als auch in Brno und auch bei uns in der Region zu verschiedenen Aktionen, wo die Partner von beiden Seiten mit dabei sind. Das neueste Projekt, das wir dieses Jahr verwirklichen konnten, war die Produktion eines Imagefilmes Sächsisch-Böhmische Schweiz, mit dem wir nicht nur die Touristiker und Gäste unserer Region ansprechen wollen, sondern wo wir die Sächsisch-Böhmische Schweiz als Destination deutschlandweit bekannt machen wollen.

Wie meine Vorredner möchte auch ich auf die Probleme hinweisen, die uns diese Projekte nach wie vor machen. Wir sind eigentlich kurz davor, eine grenzüberschreitende Gesellschaft zu gründen. Wir scheitern ebenso an den Förderbedingungen, wie das schon meine Vorredner gesagt haben. EWIV funktioniert wahrscheinlich nicht. Eine gGmbH wird momentan geprüft. Ein europäisches Vereinsrecht würde viel helfen, wenn wir auf diesem Gebiet voran kämen, weil genau das die Probleme und Schwierigkeiten sind, die uns neben den Problemen, die wir sowieso schon durch fehlende Verbandsstrukturen und inkompatible Verwaltungsstrukturen beidseits der Grenze haben, noch am meisten am Herzen liegen. Was kann unsere Arbeit also am meisten unterstützen? Vereinfachte Förderverfahren sind notwendig und finanzielle Barrieren sollten abgebaut werden. Die Förderprogramme müssen jetzt zügig und nahtlos starten. Nach INTERREG III a müsste das Ziel-3-Programm wirklich schneller losgehen. Die grenzüberschreitenden Kooperationsformen sollten gefördert werden. Auch die Gebietskulisse ist teilweise ein Hemmnis bei der Beantragung von Fördermitteln, z. B. beim Projekt Elbe-Radweg, welches wir nicht als Projekt beantragen können, weil es sozusagen die Gebietskulisse verlässt. Es wäre für uns auch sehr hilfreich, wenn nachhaltige Projekte, wie wir sie jetzt mit einem Basisprojekt als Vernetzung initiiert haben, auch zukünftig für kleinere Projekte als Maßstab und als Basis angewandt werden. Nichtsdestotrotz möchte ich mit ETA Hoffmann schließen: „Schwierigkeiten scheinen nur da zu sein, um überwunden zu werden“. Ich hoffe, dass wir gemeinsam die Chance haben, das auch zu tun und dass wir auch im Austausch miteinander in den einzelnen Regionen, die scheinbar ja alle dieselben Probleme haben, einen Schritt weiter kommen. Vielen Dank.

Dipl.-Ing. Kaspar Sammer (Geschäftsführer EUREGIO Freyung – Bayerischer Wald/Böhmer Wald Sumava): Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich möchte mich herzlich für diese Einladung bedanken. Ich freue mich, dass ich hier sein kann. Ich möchte Frau Irber und Herrn Hinsken erwähnen. Sie sind natürlich auch unsere Botschafter in Sachen Tourismusfragen und Kooperationen.

Man könnte sicherlich jetzt eine Lobeshymne anstimmen, was die vergangenen Jahre über die Grenzen hinaus alles so passiert ist. Meine Vorredner haben es zum Teil gesagt. Ich möchte mich doch ein bisschen mehr auf die Probleme beschränken und auch gerade dieses Gremium hierfür nutzen, uns Grenzgebieten und Grenzregionen auch in der Zukunft zu helfen. Die touristischen Kooperationen sind für sehr viele Grenzregionen Europas eine Überlebensfrage. Der Tourismus und die touristische

Entwicklung in den Regionen ist eine fundamentale wirtschaftliche Basis für die weitere Existenz der Regionen. Denn große Industrie werden wir im Nationalpark Bayerischer Wald oder im Nationalpark Sumava nie bekommen. Deshalb müssen wir mit den Gegebenheiten, die wir haben, Natur und Landschaft, letztendlich auch umgehen und versuchen, das bestmögliche daraus zu machen.

Welche Probleme haben wir grenzüberschreitend? Der gesamte bayerische Wald und unsere Verbände, die Tourismusreferenten der Landkreise bis hin zu den Kommunen und den noch kleineren Einheiten arbeiten grenzüberschreitend eigentlich relativ gut zusammen. Aber das Problem ist, dass wir völlig unterschiedliche und tiefer gehende Strukturen haben. Im ostbayerischen Raum, in Südböhmen oder auch in der Pilsenregion ist es völlig anders oder auch in Oberösterreich gibt es wieder eine ganz andere Struktur und es gibt andere Informationspolitiken, die zum Teil gefahren werden. Dann haben wir natürlich dieses große Feld der europäischen Programme und der EU-Förderprogramme. Das ist nicht nur INTERREG, das sind auch viele andere Programme. Ich bin jetzt kein Touristiker. Deshalb kann ich zum Tourismus selbst auch nicht sehr viel sagen, sehr wohl aber zu den europäischen Programmen, weil das eigentlich unser Hauptgeschäft in der Region ist. Hier muss man ganz klar feststellen und sagen, dass die Regionen und die lokalen Akteure mittlerweile wirklich absolut überfordert werden. Man spricht immer von Bürokratieabbau und Vereinfachung in Europa. Ich muss ganz ehrlich sagen, was aus Europa kommt, wird nicht leichter. Es wird eigentlich komplexer und auch immer wieder schwieriger. Das gilt gerade bei den neuen INTERREG-Programmen für das Thema der LEAD-Partnerschaften. Es ist vielleicht gut gemeint, was hier Europa allen Grenzgebieten an Unterstützungsmöglichkeiten anbietet. Nur muss man erst einmal in die Programme hineinkommen. Man muss dieses Thema der LEAD-Partnerschaften, was uns in der Region unendlich viel Arbeit macht, erst einmal vermitteln und auch den einzelnen Begünstigten oder den Förderempfängern sagen können, was das eigentlich für ihn bedeutet, auch rechtlich und vor allen Dingen grenzüberschreitend, wenn man z. B. dann plötzlich in Haftungsfragen bis zum Jahre 2022 ist. Das ist den Einzelnen oft nicht bewusst. Oft kommt der Partner und sagt, den kenne ich gut und unterschreibe das. Aber dass er damit in einer Haftungsfrage mit drin ist, das ist demjenigen oft gar nicht bewusst. Da muss man noch sehr viel Informationsarbeit in der Zukunft leisten, aber auch an die Kommission herangehen. Wenn sie schon etwas vereinfachen wollen, dann sollen sie es auch in den neuen Programmen machen.

Die INTERREG-Programme sind zum Teil gestartet, noch nicht überall. Das ist schon richtig. Im bayerisch-tschechischen Programm sind sie gestartet, auch Bayern – Österreich. Die Programme sind aber sehr nationallastig gestaltet. Ich glaube, das können wir Vertreter aus den Grenzregionen schon einmal sagen. Es ist oft vielleicht gut gemeint, nur es macht uns auch Probleme, gerade in komplexen Grenzregionen, wie z. B. bei uns mit einer trilateralen Region Oberösterreich, Südböhmen, Westböhmen und der bayerische Teil, wo auf engstem Raum drei Programme sind, die sich räumlich zum Teil auch noch überschneiden. Dann muss man einem Bürgermeister in Breitenberg erst einmal erklären, in welchem Programm er überhaupt einen Antrag stellen soll. Er könnte im Programm Bayern/Österreichern einen Antrag stellen oder im Programm der Tschechen. Wenn er es mit einem guten LEAD-Partner jenseits der Grenze in Österreich macht, könnte er sogar im Interregprogramm Österreich/Tschechien einen Antrag stellen usw. Dies müssen wir zunächst einmal in die Köpfe hineinbringen. Ein Programmzuschnitt aus Europa - gerade was INTERREG angeht - würde uns sehr helfen, wenn das mit den Regionen gemacht wird und vor allen Dingen auf einheitliche Regionen in der Zukunft zugeschnitten würde. Das ist sehr wichtig und da würde ich Sie auch bitten, in der Zukunft bei all diesen Möglichkeiten auf Bundesebene, die Sie natürlich gegenüber den Ländern haben, auch in entsprechender Weise darauf hinzuwirken, dass es mehr oder weniger mit regionalen Zuschnitten in der Zukunft auch gemacht wird.

Zwei kurze Themen möchte ich noch ansprechen. Wir haben im Dezember ein Gespräch mit dem Generaldirektor Ahner in der GD für Regionalpolitik in Brüssel mit unseren Landräten geführt. Ich bitte Sie auch weiter dafür einzutreten, dass die Grenzregionen in der Zukunft, und nicht nur die Grenzregionen an den ehemaligen Außengrenzen, sondern alle Grenzgebiete in Europa, auch weiterhin Unterstützung erfahren können und auch bekommen. Wir brauchen dies, weil es die Integration in Europa sehr beschleunigt. Dies wollte ich unbedingt mit ansprechen. Das Zweite wäre das Thema EU-Politiken in den Regionen. Die Organisationen, die wir vor Ort haben, das betrifft nicht nur den Tourismus, sondern auch andere, sind oft mit der ganzen Thematik überfordert. Es gibt für Tourismuskooperationen nicht nur INTERREG, wir haben 200 verschiedene Aktionsprogramme aus Europa, die angeboten werden. Das zu überschauen, ist für den normal Sterblichen eigentlich überhaupt nicht mehr möglich. Das ist nicht zu schaffen. Deshalb brauchen wir gerade in den Grenzgebieten in der Zukunft noch mehr die Unterstützung des Bundes, was vor allen Dingen die Managementebenen für diese europäischen Aktionsprogramme angeht. Wir verschenken hier viel zu viel, ich würde fast sagen auf bundesdeutscher Ebene. Wir sollten hier wesentlich stärker das Thema EU-Networking

ausbauen. Ich halte es für sehr entscheidend. Wir erleben es immer wieder, nicht nur von den Österreichern, ich möchte das nicht zu sehr loben, wie es immer dargestellt wird. Aber auch Tschechien z.B. stellt sich sehr professionell auf, was diese Themen anbelangt und da würde ich mir schon wünschen, dass auch wir in den Grenzgebieten, auch mit Ihrer Unterstützung, in der Zukunft nachziehen können.

Lutz Thielemann (Geschäftsführer Europastadt Görlitz Zgorzelec GmbH): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen heute Görlitz Zgorzelec nahe bringen. Görlitz ist geprägt durch eine Stadtstruktur, die sich heute aus einem Ensemble darstellt, das sich aus fünf Jahrhunderten Architekturgeschichte zusammensetzt, wie Gotik, Renaissance, Barock und Jugendstil. Diese wunderschöne Stadtkulisse hat unzerstört den Zweiten Weltkrieg überstanden. Dies ist eine Besonderheit der Stadt Görlitz. Sie ist wirklich eine der schönsten Städte Deutschlands und das wurde auch so von Dr. Kiesow, dem Vorsitzenden der Stiftung Deutscher Denkmalschutz, bestätigt. Eine weitere Besonderheit der Stadt Görlitz ist der Grenzstatus. Görlitz wurde im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges geteilt. Die Stadt stellt sich heute als eine Europastadt dar, die als Europastadt im Jahr 1998 proklamiert wurde. Der deutsche Teil nennt sich Görlitz, der polnische Zgorzelec. 60.000 deutsche Bürger und 40.000 polnische Bürger bilden sozusagen eine deutsch-polnische Europastadt. Das besondere, was Herr Peter Heise auch schon im Rahmen seines Vortrages dargestellt hat, ist das Beziehungsverhältnis von Deutschland und Polen, was keineswegs so rosig gewesen ist in den vergangenen 50 Jahren. Das heißt, während der Zeit DDR und Volksrepublik Polen war es nicht so, dass durchgehend ein visafreier Reiseverkehr gewährleistet war, sondern gerade auch in Zeiten der Solidarnoc-Bewegung war kein Reiseverkehr möglich. Das heißt im Ergebnis, es erfolgte eine Entfremdung, Misstrauen und Vorurteile haben sich weiter fortgesetzt. Die sind teilweise heute noch spürbar. Sie müssen leicht, dezent und behutsam abgebaut werden. Vertrauensbildung ist eine ganz wichtige Maßnahme. Umso schöner ist es, dass diese beiden Städte zusammen wachsen, sich wieder zusammen formieren und das vor allen Dingen auf Projektbasis.

Eines der wesentlichen großen Projekte, die man nach dem Jahr 1998 angestoßen hat, war die Kulturhauptstadtbewerbung für das Jahr 2010 gewesen. Erstmals haben Deutsche und Polen in gemeinsamen Strukturen für ein gemeinsames Ziel gemeinsam geworben, gemeinsam gekämpft und leider sehr knapp nur verloren aus Görlitz-Zgorzelecer Sicht gegen Essen und das Ruhrgebiet. Die Trauer war zugegebener Weise da gewesen, weil dieses Experiment Görlitz/Zgorzelec als kleines europäisches Experiment durchaus aus unserer Sicht die Chance verdient hätte, in Europa einen Maßstab zu bilden, ein Experimental-Labor darzustellen.

Nun gut, es gibt weitere Projekte und Chancen der Zusammenarbeit. Diesen stellt man sich ganz bewusst, wie z. B. dem Aufleben des mittelalterlichen Gedankens Sechs-Städte-Bund, wo auch die Stadt Lauban, Luban im Polnischen, beteiligt ist, aber auch weiteren Projekte für die Zukunft, ob das z. B. die Via Sacra ist, eine touristische Route mit sakralen Elementen, die u. a. die Fastentücher in Zittau berührt, aber auch das Heilige Grab zu Görlitz und natürlich auch in Karpac im Riesengebirge die Kirche Wangen. Neben der Via Sacra ist die Via Regia zu erwähnen, verbunden mit der sächsischen Landesausstellung im Jahre 2011. Dies ist ebenfalls ein grenzüberschreitendes Projekt.

Was wir brauchen, ist, wie ich schon sagte, mehr Verständnis füreinander und mehr Kooperation. Auch darauf sind wir angewiesen, das ist notwendig für eine deutsch-polnische Doppelstadt. Umso schöner ist es, wenn man auf kleinerer Basis auch gemeinsame Kindergärten und Schulklassen erlebt, die sich in deutsch-polnischer Natur herausbilden oder wenn auf den Straßen in Görlitz polnisch gesprochen wird und die Kaufkraft mittlerweile in einigen Kaufhäusern auch stark polnisch geprägt ist. Das heißt, hier bilden sich gemeinsame Strukturen heraus und das Ziel über die Generationen hinweg sollte vielleicht sogar eine gemeinsame Identität sein, die dem Tourismus förderlich ist.

Ein ganz wichtiges Projekt, was wir für die Zukunft für uns als solches auserkoren haben, heißt „Gemeinsames Erinnern“. „Gemeinsames Erinnern“ deswegen, weil eines der identitätsstiftenden Aspekte von Zgorzelec und Görlitz das Thema Zwangsmigration/Vertreibung gewesen ist. Wir reden über einen Raum im Bereich Niederschlesien, Ostsachsen und Böhmen. Im Jahre 1945 haben sich dort dramatische Szenen, was die Zwangsmigration anbelangt, abgespielt. Insofern möchten wir diesen Aspekten mit einem Dokumentations-/Wissenschaftszentrum Rechnung tragen, was auf Basis beider Interessenlagen sowohl der polnischen als auch der deutschen Sichtweisen auf Augenhöhe dem Thema gerecht wird. Also eine neue Qualität schaffen, die es ermöglicht, diesem sehr wichtigen Thema Vertreibung/Zwangsmigration dadurch auch eine Identitätsbildung im deutsch-polnischen Verhältnis eine Versöhnungskomponente beizugeben. Dafür werben wir aktuell in Polen und in Deutschland und dafür haben wir uns auch hier im Bund engagiert. Ich möchte dieses Forum hier auch nutzen, um letztendlich mit Ihnen darüber zu sprechen bzw. auch diese Idee an Sie heranzutragen.

Wie gesagt, die deutsch-polnische Versöhnung ist eine wichtige Aufgabe für uns. Es sind gewaltige Chancen. Wir sind für eine gemeinsame Zukunft geschaffen. Dafür sind wir eine Europastadt Görlitz Zgorzelec.

Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU): Dankeschön Ihnen allen, meine Dame, meine Herren, für die erste Runde. Ich möchte an dieser Stelle noch ganz herzlich unseren Tourismusbeauftragten, Ernst Hinsken, begrüßen. Einmal im Jahr ist bei uns die Berufsakademie Sachsen bzw. die Staatliche Studienakademie, Studienrichtung Tourismuswirtschaft, an der Spitze mit ihrem Leiter, Herrn Prof. Ivic anwesend. Ich möchte Sie und Ihre Studentinnen und Studenten ebenfalls ganz herzlich begrüßen. Damit leite ich die erste Fragerunde ein, zunächst hat Frau Faße das Wort.

Annette Faße (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank an Sie, die Sie uns die schriftlichen Stellungnahmen gegeben haben und auch noch einmal für die hochinteressanten Ergänzungen. Auf die unterschiedlichen Fördergebiete und Verwaltungssysteme wird meine Kollegin eingehen. Ich richte mich an diejenigen, die an ein Land grenzen, das eine andere Sprache spricht. Es ist sicherlich unterschiedlich in der Bewertung, die aus Richtung Eifel sagen, es ist nicht so ein Hemmnis, aus Richtung Polen ist es schwieriger. Wie bewerten Sie den Bereich Sprache und Sprachförderung? Welche Hemmnisse gibt es oder welche Möglichkeiten sehen Sie dort?

Zu Mecklenburg-Vorpommern und Polen: Ich war schon in dieser Region, Sie haben zwei Projekte angesprochen, die ich gern noch einmal hinterfragt hätte, Herr Heise. Sie haben einmal von gemeinsamen Aktionen gesprochen, was den Wassertourismus und die Marinas betrifft. Als Zweites haben Sie ein Projekt von jungen behinderten Menschen angesprochen, wo Sie also Tourismus und Umweltbildung über die Grenze zusammenbringen. Der dritte Punkt ist für mich Verkehrsaufkommen und Verkehrskonzepte. Diese Infrastrukturfragen, die sich ergeben, wenn man mit seinem Nachbarn wieder offene Grenzen hat, würden mich in diesem Zusammenhang interessieren.

Wir sind ja hier als Bund zuständig. Da haben wir einige Möglichkeiten, die wir auf jeden Fall nutzen können, vielleicht auch drei. Wie können Sie sich eine Unterstützung durch die Deutsche Zentrale für Tourismus und des Deutschen Seminars für Tourismus vorstellen?

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, meine Dame und Herren Sachverständige, ich glaube, das ist hier zum Ausdruck gekommen, dass es eine sehr große Übereinstimmung in der Beschreibung der Problemgemengelage bei allen Sachverständigen gibt, egal ob sie von Nord, Süd, Ost oder West kommen. Ich denke, diese Probleme, die hier anstehen, können nicht Sie lösen, sondern müssen wir als politische Ebene lösen. Deswegen vielleicht nur zur Information: Wir haben als Ausschuss geplant, am 5. Mai einen weiteren Besuch in Brüssel durchzuführen, um ganz einfach auch das, was hier gesagt worden ist, in schriftlicher und mündlicher Form dort bei den entsprechenden Stellen mit einzubringen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache. Was die Fördermittel angeht, haben Sie sie hier auch angesprochen. Der Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche am Donnerstag die Eigenmittelrichtlinie der Bundesrepublik Deutschland leider als letztes Land in der Europäischen Gemeinschaft beschlossen. Das heißt also, es wird auch Bewegung in die Geldflüsse kommen. Die Periode läuft ja schon seit 01.01.2007. Wir haben fast eineinhalb Jahre verloren an Zeit, die jetzt aufgeholt werden muss. Es wäre natürlich schade, wenn die Gelder dann in der Förderperiode nicht entsprechend für sinnvolle Projekte abfließen könnten. Mir hat sehr gut die Aussage gefallen: „Grenzregionen sind gleichsam die Laboratorien der europäischen Integration und damit letztendlich die europäische Idee“. Diese Aussage trifft genau den Kern. Wir können Europa nicht gestalten, indem wir in Brüssel, Prag, Warschau und in Berlin tolle Reden halten, sondern nur, wenn die Menschen in der Region selber das Europa erleben, mit all den Problemen, die da sind. Da müssen wir uns dafür verwenden.

Ich will auf einen Punkt gehen, wo Sie mir vielleicht noch einmal Ihre Bewertung geben könnten, nämlich das Thema der Gesellschaftsgründung, um Fördermittel auch letztendlich sinnvoll in Vor-Ort-Projekte einfließen zu lassen. Es ist ja wohl so, dass es immer zwei Partner sein müssen, einer auf der deutschen Seite und einer auf der jeweiligen anderen staatlichen Seite. Jetzt wäre es doch sinnvoll, um auch eine Entbürokratisierung im Sinne Europas, aber auch der Bundesrepublik Deutschland vorzunehmen, dass wir sagen, die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft ist genau der Förderzweck. Das heißt also, ich habe eine Entbürokratisierung, ich kann zielgenau die Mittel auch einfließen lassen. Denn es ist ja unlogisch, wenn eine Gesellschaft gegründet ist, ich lasse einmal die Rechtsform aus, dass man dann noch einmal einen neuen Partner braucht, nur damit das wieder zwei Partner sind, die dann die Fördermittel abrufen können. Da sind wir auch gefordert, hier mit den entsprechenden Stellen in Brüssel, aber auch mit den nationalen Behörden, das sind ja bei uns leider die Bundesländer, zu kommunizieren, um das entsprechend hinzubekommen. Ich könnte mir auch vor-

stellen, dass trotz des Föderalismus ein System entwickelt wird, das einheitlich ist und in Brandenburg genauso Anwendung findet, wie in Sachsen, Bayern oder in Nordrhein-Westfalen, was ja dann nicht ausschließt, dass die Zuständigkeit wiederum in anderen Ministerien liegt, aber das System und Verfahren, sozusagen das Formblatt, gemeinschaftlich ist. Damit wären natürlich auch eine Vergleichbarkeit und ein sinnvoller Wettbewerb da, der aus meiner Sicht unbedingt angegangen werden müsste. Vielleicht könnten das alle mit einem Satz bewerten, ob ich Recht habe mit meiner Ferndiagnose oder nicht.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Wir sind heute in einen Prozess eingestiegen, der den Beginn eines langen Weges bedeutet. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass man vielleicht die heutige Beratung und die schriftlichen Ausarbeitungen so weit verdichtet, dass man sich im Herbst noch einmal trifft, vor allem auch die Sachverständigen, die heute hier sind, und gewissermaßen den „Ball am Laufen“ behält. Das wäre eine ganz tolle Sache. Da könnte man sich auch individuell noch einmal austauschen und Erfahrungen sammeln, um diese Dinge entsprechend auf den Weg zu bringen, wo sie unbedingt hingehören.

Ernst Burgbacher (FDP): Vielen Dank Frau Vorsitzende, Frau Lindheimer, meine Herren, zunächst auch von der FDP-Seite ganz herzlichen Dank für die schriftlichen Ausführungen und jetzt auch für die mündlichen. Ich fand es hochinteressant, was zur europäischen Unterstützung gesagt wurde. Es ist ein Problem, was wir von überall hören. Letzte Woche wurde mir bei einem Betriebsbesuch gesagt, dass man einen Mitarbeiter einstellen müsse, um die Anträge auszufüllen. Also ist es billiger, auf die Zuschüsse zu verzichten. Das halte ich schon für dramatisch. Das haben wir jetzt von allen gehört, dass es ein Problem ist, das wir sicher mitnehmen müssten. Es wurden dann noch die bürokratischen Hürden beklagt. Da haben wir ein Problem und da müssen Sie uns schon helfen. Es wird immer zu viel Bürokratie beklagt und wenn wir dann nachfragen, was denn konkret, dann wird es allerdings immer schwieriger. Deshalb die Bitte an Sie, wenn Sie irgendwo ein Gesetz oder Vorschriften haben, wo Sie sagen, das bräuchten wir nicht, dass uns das mitgeteilt wird. Ich glaube, wir kommen in dem Prozess wirklich nur weiter, wenn wir von den Betroffenen auch konkrete Rückmeldungen bekommen, worauf denn verzichtet oder was anders gestaltet werden kann.

Ich komme gerade aus einem Gespräch mit dem französischen Botschafter. Da haben wir das Problem diskutiert, dass bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine große Erschwernis darin besteht, dass die Strukturen völlig unterschiedlich sind, z. B. die Kompetenzen der kommunalen Gebietskörperschaften, denn die Kommunen haben in Frankreich eben sehr viel weniger zu entscheiden, als bei uns. Meine Frage ist, ist das für Sie ein Problem? Gibt es von Ihrer Seite dazu Lösungsansätze? Gibt es irgendwelche Beispiele, wo vielleicht den Kommunen Kompetenzen übertragen wurden oder wo man es anders geschafft hat, das ganze zu lösen?

Jetzt will ich bewusst ein bisschen provozieren. Sie haben uns nun alle dargestellt, wie toll solche Kooperationen laufen. Ich könnte mir trotz allem vorstellen, dass es hart ist Kirchtumdenken zu überwinden. Wenn ich daran denke, wie lange es gedauert hat, bis Herr Krull, Geschäftsführer Tourismus Schwarzwald und nicht nur Südschwarzwald geworden ist. Daher frage ich mich, gibt es nicht eigentlich auch Konkurrenz zu diesen Regionen? Ist es wirklich so eitel Sonnenschein bei den Kooperationen? Herr Sammer, wir haben einmal eine Reise gemacht in die Bäder nach Bayern und Tschechien, da gibt es knallharte Konkurrenz. Wie stellt sich das Verhältnis dar? Haben Sie nicht zum Teil auch Probleme, dass gerade die Partnerregionen völlig andere Preisstrukturen haben und da durchaus attraktiv sind? Oder sind Sie schon so weit, dass Sie ein gemeinsames Marketing betreiben, dass sie gemeinsame Produkte verkaufen? Dieser Konflikt zwischen Konkurrenz und Kooperationen würde mich näher interessieren.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank, meine Damen und Herren Sachverständige. Vieles ist schon gesagt worden. Es war sehr anregend, was Sie uns hier vorgebracht und aufgeschrieben haben. Die Frage zur Konkurrenz und Kooperation hätte ich auch gestellt, weil es doch häufig zu spüren ist, dass alle, wenn man mit den Akteuren redet, sagen, ja wir müssen die Regionen gemeinsam vermarkten, aber bitte zuerst einmal mein Hotel. Wenn das jeder sagt, haut das nicht mehr hin.

Die Anregung, die Herr Brähmig gemacht hat, ob Sie diese Anhörung als eine besondere Form des Erfahrungsaustausches untereinander bewerten, die dann vielleicht auch fortgesetzt wird, würde mich schon auch interessieren. Das könnte auch für uns tatsächlich von Interesse sein.

Noch eine kurze Bemerkung in Bezug auf die Fördermittel. Ich bin mir nicht sicher, wer es gesagt hat, aber es wurde gesagt, gebt die Fördermittel in die Region und nicht in die Länder. Da reden wir jetzt

über richtig große Beträge. Das wäre vielleicht sinnvoll, aber dann, das ist klar, müssen wir uns mit den Ländern anlegen. Das ist nicht unser Schalter hier. Da sind wir vielleicht ein Rädchen, das auch gedreht werden muss, aber nicht das entscheidende. Trotzdem würde ich noch einmal gerne von Ihnen wissen, erstens, ob Sie sich das vorstellen könnten, zweitens, welche Vorteile Sie daran sähen, gesetzt den Fall, wir würden z. B. in die Euroregion Neiße, Pomerania oder wo auch immer, die dann genau abgegrenzt sind, also zwei oder drei Länder, direkt das Geld geben. Soll dann dort eine neue politische Verwaltungsstruktur entstehen oder wie soll das alles rein staatlich-strukturell funktionieren, denn irgendwelche Ansprechpartner muss es ja wohl geben.

Auch ich wollte Ihnen sagen, es reicht uns nicht, wenn Sie sagen, baut die Bürokratie ab, wenn Sie nicht dazu sagen, wo es Probleme gibt. Wenn jeder von Ihnen uns fünf Beispiele aufschreibt, wo es einfach umständlich gelaufen ist, dann hätten wir eine ganze Menge Material. Selbst wenn jeder von uns 80 % nicht so richtig beeinflussen könnte, bliebe immer noch genügend übrig, wo man wirklich was machen könnte. Das wäre dann eine Sache, die wir auch in Richtung EU machen müssten, wo wir wiederum nicht die Hauptstellschraube sind, aber immerhin vielleicht ein Scharnier, das eine Tür bewegen kann.

In zwei Stellungnahmen habe ich ausdrücklich gelesen, dass Barrierefreiheit ein angestrebtes Ziel in dieser Kooperation ist, die besteht und ausgebaut wird. In der Europastadt Görlitz Zgorzelec kenne ich das mittlerweile sehr gut, dass es dort strukturell hervorragend gelaufen ist, in einer absolut historischen Stadt, wo Denkmalschutz und Barrierefreiheit nicht als Gegensatz gesehen werden, sondern als sich gegenseitig herausfordernde Einheiten, die sich beide am Ende sehr gut ergänzen können. Mich interessiert schon, ob solche Dinge auch in den anderen Regionen überhaupt zur Sprache kommen und wenn ja, wie, weil es ja durchaus auch eine bestimmte Zielgruppe ist, wenn man den demographischen Wandel im Auge hat oder auch einfach nur an die dort lebenden Einheimischen denkt. Im Zusammenhang mit dem Schwarzwald ist gesagt worden, dass die Einheimischen mindestens genauso viel davon haben, wenn touristische Strukturen vernünftig ausgebaut werden, im kulturellen oder sonstigen Bereich, wie die Touristinnen und Touristen.

Eines habe ich nicht so ganz verstanden, dass es so schwierig ist, länderübergreifende Organisationsstrukturen zu schaffen. Jemand sprach vom europäischen Vereinsrecht, was sehr hilfreich wäre. Aber ich sage einmal, Gesellschaften zu gründen, ist doch nicht so kompliziert oder besteht das Problem darin, dass, wenn Sie eine Gesellschaft gegründet haben, Sie dann einen Kooperationspartner wieder erfinden müssen?

Bettina Herlitzius (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht noch einmal um die touristische Struktur. Da sind natürlich schon Unterschiede in den einzelnen Ländern. Gibt es aus Ihrer Sicht einen Blickwinkel, wie eine Struktur auf deutscher Seite aussehen könnte, dass man einfach besser und leichter in Kooperationen eingreifen kann. Ich denke daran, dass wir in NRW einen Europaminister haben. Ist das eine Hilfe? Die Eifel ist gerade das Beispiel, da sind ja auch noch zwei Länder beteiligt. Irgendwo muss sich dann der Bund einschalten und von daher die Frage, wie könnte das sein?

Zum Verkehr/öffentlichen Nahverkehr: Ist das bei INTERREG-Programmen ein Baustein und wenn ja, wie. Ich weiß aus der Region Aachen, dass es sehr mühsam war, ein grenzüberschreitendes ÖPNV-Ticket zu entwickeln. Das ist eigentlich nur auf das Engagement eines einzelnen entstanden. Gibt es da Beispiele aus anderen Bereichen und wenn ja, können Sie uns da etwas als Hausaufgabe für unseren Brüsseltermin mitgeben?

Zur Förderung: Ich selber hatte einmal das Vergnügen, an einem Förderantrag INTERREG mitzuarbeiten. Da reden wir nicht über drei Papiere. Das sind Stapel, teilweise auch mehrsprachig. Das ist natürlich ein Hemmnis, dann auch kleinteilige Projekte einzureichen. Haben Sie da eine Idee, wie man es machen kann? Manchmal braucht man gerade in dem touristischen Bereich vielleicht 10.000 bis 15.000 Euro für ein kleines Projekt, seien es nur Schilder oder sonst irgendetwas. Da ist natürlich so ein aufwendiges Förderbeantragungsverfahren eher hemmend und das heißt, die Projekte, die interregmäßig beantragt werden, sind in der Regel relativ große Projekte, sonst lohnt sich der Aufwand nicht.

Zum europäischen Vereinsrecht: Vielleicht könnten Sie noch einmal erklären, was Sie damit konkret meinen. Die Sprache ist auch schon angesprochen worden. Ich erlebe gerade in den grenznahen Räumen, dass sich eigentlich jedes Land zu Sprachmuffeln entwickelt. Es wird also kaum im nahen Ausland dann die andere Sprache verwendet. Auch in den Museen werden kaum die Nachbarsprachen verwendet, maximal deutsch-englisch, aber jetzt bei uns französisch-niederländisch findet man eigentlich kaum. Was können wir an der Stelle oder was kann der Bund an seiner Stelle machen,

um dieses stärker zu unterstützen? Dann gibt es eine Besonderheit, das ist natürlich die Besonderheit der Kulturen, die an so einer Schnittstelle von drei Ländern zusammen greift. Muss im Rahmen INTERREG da noch mehr ausgearbeitet werden? Das ist ja auch die Stärke so eines Verbundes und das kann natürlich ein Stückweit verloren gehen, wenn man sich zu stark zusammen bindet. Muss da aus der Förderrichtung noch ein Stückweit gegengesteuert werden?

Die Nachhaltigkeit hatte Frau Lindheimer angesprochen. Wie kann man die Nachhaltigkeit noch stärker in EU-Förderprogramme installieren, dass es auch wirklich wirkt?

Dann habe ich noch ein Problem mit dem Thema Rechtsradikalismus. Ist das ein Thema im Bereich der INTERREG-Förderung? Wir haben in der Region Aachen mit der Burg Vogelsang im Moment sehr stark ein Problem an der Stelle. Es gibt aber auch andere Regionen in östlichen Ländern, wo das immer wieder auftaucht und wo das natürlich auch ein Hemmnis für den Tourismus ist. Es war zu lesen, dass es sogar No-Go-Areas in den neuen Ländern gibt, was natürlich touristisch ein großer Nachteil ist. Ist das für Sie im Bereich grenzüberschreitende Tourismusprojekte wichtig, müssen da von Seiten des Förderrechtgebers oder von unserer Seite noch stärker Eckpfeiler eingesetzt werden?

Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU): Das war jetzt die erste Fragerunde. Ich darf die Antwortrunde einläuten und zwar jetzt in umgekehrter Reihenfolge. Herr Thielemann, Sie haben jetzt das Wort.

Lutz Thielemann (Geschäftsführer Europastadt Görlitz Zgorzelec GmbH): Ich will mich auf zwei Bemerkungen beschränken, zur Sprache und Infrastruktur. Selbstverständlich haben wir ein Sprachproblem, weil man davon ausgehen kann, dass die deutsche Bevölkerung in Görlitz wenig polnisch spricht. Es ist immer noch so, dass wesentlich mehr Polen deutsch sprechen, da wahrscheinlich auch flexibler agieren, als die deutsche Bevölkerung in Görlitz. Beides muss sich herausbilden, sowohl die polnische Sprachkompetenz bei den Deutschen, als auch das Deutschlernen bei den Polen. Das ist aber eine Generationenaufgabe. Sie alle wissen, dass man sich mit Sprachenlernen durchaus nicht leicht tut, auch dann vielleicht im fortgeschrittenen Alter. Darum ist es umso löblicher, wenn Kinder gemeinsam in den Kindergarten und in die Schule gehen. Das ist der beste Weg, sowohl Völkerverständigung zu üben, als eine Sprache gemeinsam zu lernen und gemeinschaftlich Konflikte auszutragen. Das halte ich für einen sehr schönen Prozess, dies auch in Görlitz Zgorzelec mitzerleben. Aber es ist eine Herausforderung, das ist absolut richtig. Oftmals ist es auch so – wie es immer so ist – dass sich der kleinere Partner am größeren Partner orientiert, was Sprachkompetenz anbelangt. Deshalb auch das als Begründung, warum möglicherweise mehr polnische Bürger Deutsch lernen und weniger Deutsche das Polnische. Es ist aber auch nicht ganz einfach, das muss man dazu sagen.

Die Infrastruktur ist ein ganz wichtiges Thema. Wir sind sehr froh, was unsere Region anbelangt, dass die Infrastrukturausbauten stärker in den Vordergrund geschoben werden. Das betrifft insbesondere die Bundesautobahn 4, die zum Ende des laufenden Jahres mit beträchtlicher Förderung, was ihren Ausbau anbelangt, bis Breslau/Wroclaw fertig gestellt werden wird. Jetzt endet sie kurz hinter Görlitz Zgorzelec und darauf folgen 60 Kilometer polnische Landstraße. Es ist insbesondere für die Logistik und Verkehrswirtschaft schwierig, aber auch für die Tourismusströme, den niederschlesischen und oberschlesischen Raum zu erreichen. Die Eisenbahnverbindungen sind ein weiteres Thema, wo wir uns in der Grenzregion abgekoppelt fühlen, wo wir mit zahlreichen Anträgen bereits auch die Deutsche Bahn kontaktiert haben. Das heißt, frühere Verbindungen in den polnischen Raum hinein nach Wroclaw waren wesentlich intensiver und besser gewesen, als sie das heute sind. Da wurde sehr zurückgefahren und eingespart. Das ist schwierig. Insofern werten wir es erst einmal als Erfolg, dass die Autobahn hoffentlich zum Jahresende durchgebaut und auch fertig gestellt wird, dass dort sowohl die Wirtschaft als auch der Tourismusbereich wieder Anschluss finden und die Erreichbarkeit einfach gewährleistet ist.

Dipl.-Ing. Kaspar Sammer (Geschäftsführer EUREGIO Freyung – Bayerischer Wald/Böhmer Wald Sumava): Die Sprache ist sehr wichtig ist. Da hinken wir ein bisschen auf deutscher Seite gegenüber den tschechischen Regionen hinterher. Das muss ich ganz ehrlich zugeben. Da wird insgesamt in Tschechien etwas mehr gemacht. Die Sprache ist auch ein Problem bei Antragstellungen, wenn alles zweisprachig gemacht wird. Welche kleine touristische Einheit ist schon in der Lage, das zu machen oder wer kann den Antrag schon in tschechisch ausfüllen. Da ist schon eine externe Unterstützung erforderlich.

Die Rechtsformen grenzüberschreitend sind angesprochen worden. Es gibt natürlich dieses neue Instrument des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Das kennen Sie vielleicht. Dort müssen erst Erfahrungen in der Zukunft gesammelt werden, wie es denn läuft. Wenn

man ganz ehrlich ist, ist das EVTZ schwerpunktmäßig mehr oder weniger auf die öffentliche Hand zugeschnitten. Das ist für die Vereine auch eher schwierig und problematisch, hier etwas zu machen. Es ist aber für das INTERREG-Programm nicht erforderlich, nicht dass ein falscher Eindruck entsteht, dass es grenzüberschreitende echte rechtlich zementierte Organisationen sein müssen, um entsprechende Förderungen auch zu beantragen. Aber es müssen natürlich Partnerschaften da sein und Kooperationsvereinbarungen langfristiger Art, sonst geht eigentlich in dem Bereich nichts.

Einheitliche Formblätter sind angesprochen worden. Die gibt es nicht. Jedes Programm schaut völlig anders aus. Inhaltlich deckt es sich einigermaßen, aber letztendlich von der Form und der Abwicklung her läuft es eigentlich total unterschiedlich. Das erleben wir in unserer Grenzregion gegenwärtig hautnah, wie es mehr oder weniger aussieht.

Zur Frage können Kleinprojekte gefördert werden. Das geht. Da haben wir in Bayern ein sehr gutes Modell entwickelt, das wir auch anderen Regionen gerne einmal zeigen und auch anbieten können. Etwa 10 % der Gesamtinterreg III A-Mittel reservieren wir nur für Kleinprojekte und Kleinmaßnahmen bis 25.000 Euro Gesamtkosten. Das hilft der Kooperation sehr, das muss ich ganz ehrlich sagen. Es gibt hier auch ein etwas vereinfachtes Antragsverfahren, ohne die LEAD-Partnerschaft erfüllen zu müssen. Da hat die Europäische Kommission in diesem Punkt auch ausdrücklich zugestimmt.

Eine Frage kam zu den Kompetenzproblemen und unterschiedlichen Zuschnitten. Natürlich haben wir die. Wir haben auch das Problem der unterschiedlichen Mentalitäten. Das haben wir auch noch nicht gelöst. Interkulturelle Kompetenz, ich habe es in meinen Ausführungen kurz vermerkt, ist nicht nur für mich eine „Fettnäpfchenlehre“, sondern echte Kooperationskompetenz, die wir in der Zukunft weiter ausbauen müssen. Da gehört die Sprache auch mit dazu. Wenn ich es ganz ehrlich in diesem Kreise sagen darf, wird hier noch ein bisschen zu wenig von deutscher Seite getan. Gerade in den Grenzgebieten gilt es zumindest das Angebot für interessierte Schülerinnen und Schüler zu unterbreiten, hier auch aktiv etwas zu machen und mit teilzunehmen. Wir sehen es an den Schulen-Stipendienprogrammen, die Gastschuljahre z. B., mit einem Jahr Studienaufenthalt bei uns an einem Gymnasium oder auch Hauptschulen und Realschulen in Bayern, das ist eine totale Einbahnstraße. Das geht nur von Tschechien nach Bayern, umgekehrt eigentlich überhaupt nicht. Das gehört natürlich auch zu den interkulturellen Kompetenzen mit dazu.

Es gäbe eine ganze Reihe von ganz wichtigen Baustellen und es ist auch angesprochen worden, ob es sinnvoll ist, diese Art der Zusammenarbeit und des Interessensausstausches sowie auch der gemeinsamen Lösungssuche in der Zukunft mehr auszubauen, gerade was das Thema neue Rechtsinstrumente anbelangt. Das soll jetzt in diesem Jahr fortgeschrieben werden. Die neuen Programmplanungen laufen schon an für die Zeit nach 2013, wir haben noch nicht einmal mit der gegenwärtigen Planung angefangen. Da läuft uns eigentlich die Zeit auch schon wieder davon. Deshalb hielt ich das für ganz wichtig, dass wir uns zukünftig hier sehr intensiv austauschen.

Micaela Lindheimer (Stellv. Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz):

Was meine beiden Vorredner schon zum Thema Sprache ausgeführt haben, kann ich nur unterstützen. Wir haben nur einen Bezirk auf böhmischer Seite, mit dem wir von der Verwaltungsstruktur her zusammenarbeiten. Wir haben einen Partner gefunden, der sich sozusagen den Hut aufgesetzt hat und die Vernetzung auf der böhmischen Seite in Angriff genommen hat, weil es dort eben ganz andere Verwaltungsstrukturen gibt als bei uns. Der Regionalverband, Landesverband und kleinere Strukturen sind dort nicht so ausgeprägt, so dass man dort wirklich schauen muss, dass man einen Partner findet, der auf der Seite die Akteure zusammenbringt, vernetzt und Unterstützung gibt. Wir haben das Glück, 1995 dort diesen Partner gefunden zu haben und füllen die Anträge gemeinsam aus. Ansonsten wären wir auch nicht in der Lage, das zu realisieren.

Ich möchte noch einmal auf die Frage eingehen, was die Konkurrenz angeht und Probleme, die damit entstehen. Natürlich haben nicht alle Leistungsträger bei uns in der Region sofort „Hurra“ geschrien, als wir von diesem Destinationsmanagement gesprochen haben. Aber wir haben trotzdem versucht, nach Möglichkeit so viele Partner wie möglich aus allen touristischen Bereichen, aber auch aus allen kommunalen und politischen Bereichen dort mit einzubinden. Denn die Frage ist, was haben wir denn für eine Alternative, wenn wir nicht versuchen, dieses Projekt gemeinsam anzugehen und in die richtigen Bahnen zu lenken. Der Gast fragt nicht, wo die Grenze ist und ob er in das Elbsandstein-Gebirge auf sächsischer oder auf böhmischer Seite fährt. Der Gast fährt dort hin. Und auch der Leistungsträger kann es nicht verhindern und auch wir können und wollen es eigentlich nicht verhindern. Die Chance für uns ist eigentlich, dass wir versuchen, es gemeinsam anzugehen, die Angebote auf ein gemeinsames qualitatives Niveau zu bringen, die Kenntnisse über jeweilige Sehenswürdigkeiten und touristisch relevanten Dinge so auszubauen, dass man eben auch in der Lage ist, dem Gast das dement-

sprechend zu vermitteln. Eine Alternative ist nicht da, wir müssen damit leben. Deswegen sehen wir es eben auch eher als Chance, als ein Risiko an.

Was auch noch einmal gefragt wurde, war, wie es zu schaffen ist, ein bisschen Bürokratie in dieser Richtung abzubauen und in die Verwaltungsstrukturen hineinzukommen. Bei uns ist es der Punkt gewesen, dass wir wirklich versucht haben, von Anfang an alle wirklich wichtigen Partner dort ins Boot zu holen und mit einem sog. „Runden Tisch“ die ganz wichtigen Partner zu gewinnen, die wiederum als Multiplikatoren auf ihren jeweiligen Ebenen funktionieren. Damit haben wir in diesen drei Jahren recht gute Erfahrungen gemacht. Es haben sich erste Arbeitsgruppen gebildet, die in Richtung Qualität, Vermarktung und Mobilität intern versuchen, ihre eigenen Vernetzungen zu finden und dort die Maßnahmen voranzubringen. Eine sächsische Besonderheit ist, dass unser INTERREG-Ziel-III-Programm immer noch nicht gestartet ist und natürlich bei uns jetzt sehr viel Zeit verloren gegangen ist. Wir haben in unserem ersten Destinationskonzept, welches über INTERREG-III-Mittel gefördert wurde, eine Stärken-Schwäche-Analyse durchgeführt. Wir haben daraufhin einen ganz konkreten Maßnahmenplan mit Verantwortlichkeiten, vielen Interessierten und Willigen aufgeschrieben und zusammengefasst. Wir haben also versucht, jetzt wirklich die Zeit zu überbrücken, dass die Leute sich trotzdem, obwohl die Maßnahmen eigentlich noch nicht losgehen können, weil das Geld fehlt, da es noch nicht gestartet werden konnte, immer weiter treffen und in Kontakt bleiben. Das ist für uns auch immer so ein bisschen die Problematik, dass die Leute, die schon einmal gewonnen waren, nicht wieder abspringen, weil sie den Mut verlieren.

Zu dem angesprochenen Vereinsrecht: Wir sind ja nun ein eingetragener Verein Tourismusverband Sächsische Schweiz. Wir haben einfach versucht, das über den EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) als eine mögliche Variante zu initiieren, dass wir dort Antragsteller werden können und dass wir eine gemeinsame Gesellschaft gründen können, damit wir einen Ansprechpartner haben, der wirklich den Hut auf hat, der gewissermaßen Ansprechpartner für beide Seiten ist, der kompetent ist und der die Partner findet. Das scheitert teilweise daran, dass die Haftungsfragen so ausgeprägt sind, dass unsere Mitglieder sich das nicht erlauben können oder sich das nicht trauen, dort in diese Gesellschaft oder in diesen Verein einzusteigen. Notwendig wären, so wie es der Herr Brähmig auch schon gesagt hat, Möglichkeiten, dass sich eine Struktur findet, eine Organisation, die auch wirklich Antragsteller für die Fördermittel sein kann. Das passt momentan einfach noch nicht zusammen und das ist die größte Hürde. Abgesehen davon, dass, wie es meine Vorredner auch schon gesagt hatten, nicht bloß die Antragstellung an sich schwierig, kompliziert und sehr aufwendig ist, weil die Anträge auch sehr kompliziert sind, sondern es kommen noch andere Dinge hinzu, dass man sozusagen in Vorleistung gehen muss. So entstehen zusätzliche nicht förderfähige Projektkosten, weil aufgrund der langen Bearbeitungszeit Zinsen entstehen, die man wiederum nicht abrechnen kann. Auf der böhmischen Seite gibt es überhaupt gar keine, also in unserem Fall zumindest, Förderung über Mitgliedschaften, staatliche Mittel oder Bezirksmittel, die so ein Projekt unterstützen. Dort sind halt wirklich nur die Fördermittel da. Sie haben damit auch ganz große Probleme, diese zusätzlichen Finanzierungen überhaupt abzusichern. Das sind so die größten Hürden, die uns bewegen und die uns auch ein wenig in der Weiterführung hemmen. Es sind alle begeistert und enthusiastisch und dann stockt es eben manchmal ein bisschen.

Christopher Krull (Geschäftsführer Schwarzwald Tourismus GmbH, Expertenausschuss Tourismus Oberrheinkonferenz): Dankeschön, meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass je größer Europa wird und je globaler die Welt wird, desto wichtiger ist die Authentizität der Region. Und das ist auch ganz entscheidend bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Tourismus kann dazu beitragen, dass der Wert der Regionen nicht verflacht oder abnimmt, sondern sich steigert und wieder an Wert gewinnt. Authentizität ist dabei das Geheimnis und Schlüsselwort. Wenn wir grenzüberschreitend zusammenarbeiten, so schafft das noch mehr Aufmerksamkeit der Nachbarn füreinander. Dadurch kommen die Werte, die jeder hat, noch stärker zur Geltung. Von daher ist diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht ein Verflachen der Besonderheiten, sondern eine Stärkung der Besonderheiten. Von daher macht diese Zusammenarbeit nicht nur in der Völkerverständigung, sondern eben auch in dem Sinne der Stärkung der Authentizität der Regionen Sinn.

Die Nachhaltigkeit spielt immer eine wesentliche Rolle bei all unseren Programmen. Das zeigt sich schon dadurch, dass wir hier in ganz besondere Art und Weise vor allen Dingen das Wandern, Radfahren und die Programme, die im kulturellen, sog. sanften Tourismus, unterwegs sind, ganz besonders stark auf der Agenda haben. Diese werden auch nachhaltig im ökologischen und ökonomischen Sinne betrieben. Ganz ehrlich gesagt, wir arbeiten mit Frankreich und der Schweiz intensiver zusammen, als beispielsweise mit der Schwäbischen Alb. Das liegt daran, dass es diese Förderprogramme gibt und wir dafür Geld bekommen. Macht das Sinn? Ich denke schon, für uns auf jeden Fall.

Zur Bürokratie: Es ist eine gute Anregung von Ihnen, dass sich diejenigen, die grenzüberschreitend arbeiten, Gedanken darüber machen müssen und sich noch einmal zusammensetzen sollten, um über die gemeinsamen Schwierigkeiten, die wir in dem Punkt ganz besonders haben, zu reden und zu Papier zu bringen. Wir tun das bisher nicht. Wir sollten das öfter tun, auch ohne Sie, auch wenn ich Sie da sehr wertschätze.

Das DSFT ist für uns ganz wichtig. Sie gehen in die Regionen und machen übrigens auch Seminare für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Von daher bitte ich, streichen Sie dort nicht die Gelder. Das ist für uns eine ganz wesentliche Einrichtung. Der Geschäftsführer, Rolf Schrader, macht eine gute Arbeit, er geht in die Regionen und wir schätzen ihn dort sehr. Alle unsere Mitarbeiter auch aus den Regionen schicken wir immer wieder da hin. Da darf man nicht kleinlich sein, das ist eine gute Einrichtung.

Zur DZT brauche ich nicht viel zu sagen. Die haben immer zu wenig Geld und tun viel für uns im Ausland. Das hat jetzt mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit relativ wenig zu tun. Aber auch da ist es wesentlich, dass sie dort aus unserer Sicht der Region hier weiterhin ihre Unterstützung monetärer Art natürlich zusagen.

Zu den Konkurrenzsituationen: Natürlich keine Frage, wir sind Konkurrenten untereinander. Wir sind Wettbewerber, um das ein bisschen freundlicher zu sagen. Aber davon lebt das ganze ja auch. Das ist auch sinnvoll und gut. Ich zeige Ihnen das ganz ehrlich am Beispiel Elsass, Elsass klingt ja für Sie gleich exotisch. Dabei ist es nur ein Steinwurf vom Schwarzwald entfernt. Da ist eigentlich die gleiche Region. Wer weiß das schon? Das eine klingt exotisch-französisch und das andere klingt so typisch nach deutscher Bilderbuchlandschaft. So klingt das für Sie, aber es ist eine Region. Wir haben sehr viel gemeinsam und dennoch so viel Unterschiede. Darin liegt der Reiz, die Magie der Vielfalt. Das ist genau das, was wir gegenseitig aneinander schätzen und wir haben schon längst die Angst voneinander verloren. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Wir wissen doch ganz genau, dass der Gast heute sehr flexibel ist, dass er herumreist und die ganze Welt kennt. Also unser Konkurrent ist nicht die andere Region, sondern das Sofa zu Hause. Von daher müssen wir uns austauschen und es ist gut, voneinander zu lernen.

Zur Barrierefreiheit: Die Barrierefreiheit ist für uns im Tourismus ein generelles Thema und hat mit grenzüberschreitend jetzt noch nicht so sehr viel zu tun. Aber es ist generell ein wichtiges Thema. Das ist nicht nur für Rollstuhlfahrer interessant, sondern überhaupt in der Diskussion des demographischen Wandels eine zwingende Notwendigkeit.

Zum ÖPNV: Zwischen Frankreich und Deutschland ist es schon unglaublich problematisch, überhaupt eine Brücke über den Rhein zu bauen. Das können Sie sich gar nicht vorstellen. Wir haben unterschiedliche Strukturen. Das eine ist föderal, das andere sehr zentralistisch aufgebaut. Wir haben dort natürlich auch Schwierigkeiten. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist eine bilaterale, direkt die Menschen dort angehende Zusammenarbeit. Das muss auch so bleiben. Das gleiche ist mit dem ÖPNV. Im Schwarzwald haben wir eine fantastische Einrichtung, die heißt KONUS - kostenlose Nutzung. Alle Gäste können kostenfrei Bahn und Busse im gesamten Schwarzwald nutzen. Das schauen sich die Franzosen gerade an, und sagen, das wollen wir auch. Deswegen bin ich gerade selbst in Gesprächen in Paris, dass das dort auch geht. Also auch über Projekte kann man so etwas dann fördern. Dann darf natürlich der Bus nicht in Kehl Halt machen, sondern muss bis nach Straßburg fahren. Momentan fährt er schon bis in die Schweiz hinein. Das funktioniert sogar kostenfrei bei uns und da sind wir auch stolz darauf.

Peter Heise (Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Europaregion POMERANIA e.V.):

Zum Wassertourismus: Hier kann man das Stettiner Haff nennen. Das ist ähnlich zu sehen wie Görlitz Zgorzelec. Ein geteiltes Haff, deutsch-polnisch. Hier geht es um gemeinsame Marinas und eine gemeinsame Nutzung. Hier arbeiten z.B. Greifswald und viele andere zusammen und organisieren sich auch in einer bestimmten Form, um Projekte umzusetzen, Anträge zu stellen usw., also etwas, was sehr gut funktioniert.

Zur Barrierefreiheit: Wir haben das erste barrierefreie Segelboot in Deutschland, ich denke fast auch in Europa, nämlich im ZERUM (Zentrum für Erlebnispädagogik und Umweltbildung), das übrigens auch die Polen nutzen. Dieses Projekt ZERUM ist auch von uns gefördert worden und dies steht auch in den Unterlagen. Die Barrierefreiheit trifft insbesondere auch bei Jugendfestivals zu, denn die Behinderten nehmen regelmäßig daran teil, weil sie dazu gehören. Alle Projekte, die realisiert werden, beinhalten dieses Thema. Das ist, denke ich, ganz wichtig, weil letztendlich dieses Geld aus der Euro-

päischen Gemeinschaft auch dafür verwendet werden soll, dass alle gleichbehandelt werden. Das ist ein Thema, das unbedingt beachtet wird.

Zu den Verkehrskonzepten: Wir werden die erste Eisenbahnverbindung haben, die von der Deutschen Bahn AG in Polen gebaut wurde, in Richtung Swinemünde. Das ist etwas Einmaliges, auch in Europa. Wir denken, dass am 8. Juni die Bahn dann von Ahlbeck nach Swinemünde fährt. Es gibt das Pomerania-Ticket, das auch mit unserem Namen benannt ist, also eine Bahnverbindung von Pasewalk nach Stettin. Ich kann dort den Bus und die Straßenbahn benutzen, hin und zurück, egal wie. Ich denke, das ist etwas sehr Gutes, das funktioniert.

Zu den Kompetenzen: Wir selbst sind ein Verein und trotzdem haben wir eine hoheitliche Aufgabe vom Land Mecklenburg-Vorpommern übertragen bekommen, was das deutsch-polnische Jugendwerk betrifft. Wenn man will, geht es also. Es müssen natürlich auch die entsprechenden Einrichtungen da sein, die das auch können. Da gebe ich Ihnen Recht. Alle Euroregionen, z. B. die Neißeregion oder andere Regionen, sind glaube ich in der Lage, das zu tun. Nur man muss es wollen. Das ist das Problem. Ich gebe Ihnen Recht, dass es nicht unbedingt Aufgabe des Bundes ist, aber dabei zu helfen, dass das Subsidiaritätsprinzip auch umgesetzt wird und Anwendung findet, das ist eigentlich das Thema. Es ist der Maastrichtbeschluss, der das beinhaltet. Da kann ich nicht nur die großen Ebenen sehen, sondern auch die Ebenen, die die Regionalpolitik betreffen. Und in der Regionalpolitik spielen die Regionen eine große Rolle. Regionen sind nicht definiert, weder als Land, noch als Kleinregion, wie auch immer. Ich denke, da ist das, was man sich in den Grenzregionen geschaffen hat, ein ganz wichtiges Fundament. Denn dort ist Europa erlebbar und dort wird Europa gelebt. Wenn wir heute über die deutsch-polnische Zusammenarbeit reden, dann muss ich sagen, staunen manche gestandene Grenzregionen da drüben, was wir schon alles haben. Es gibt gemeinsame Musikschulorchester und Gymnasien, wo sowohl das deutsche Abitur als auch das polnische Abitur vergeben wird usw. Das ist Normalität, das ist nichts mehr Besonderes.

Die Übertragung der Kompetenz ist überhaupt nicht die Frage. Die Frage ist, ob man es will. Das war auch mein Petition, noch einmal zu sagen, warum das so kompliziert ist, wenn die Regionen da sind. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gibt es über das Finanzministerium die Übertragung dieser Aufgabe an die Euroregion, z. B. an die Euregio, Maas-Rhein usw., also nichts Neues. Hier ist die Bitte, einmal aus Europa das Thema zu betrachten. Denn diese Euroregionen, die sind immer noch so eine Art - ich sage einmal - Mysterium für die Kommission. So verstehen wir das manchmal. Allein beim EVTZ, diese Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit, hat man sich sehr schwer getan, die Euroregion mit hineinzunehmen, als eine Möglichkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich. Da sehen Sie schon, dass das nicht so sehr von den Ländern transportiert wird. Da wäre es hilfreich, auf dieses Thema manchmal zuzugehen, damit es funktioniert. Es gibt immerhin noch die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen. Darüber ist gar nicht gesprochen worden. Alle Euroregionen sind dort auch Mitglied.

Wir sind gerade aufgefordert, uns auf den schon neuen Förderzeitraum vorzubereiten. Da spielt dieses Thema der Übertragung von Aufgaben eine der wichtigsten Rollen, denn die Schwierigkeiten der Förderpolitik, über die wir alle zusammen gesprochen haben, beruhen auf diesem Prinzip. Es wäre viel einfacher, wenn die Region auf der Basis ihrer Entwicklungs- und Handelskonzepte, die gibt es ja überall - oder sage ich da etwas Verkehrtes - sich organisieren und das, was man macht, auch durchsetzen könnte. Aber da stoßen wir auf die Verwaltungsebene, die letztendlich doch nicht das möchte, was wir gerne möchten. Ich sage jetzt vielleicht etwas Ungehöriges, aber man reicht nur Geld durch, versteht sich aber als der große Geldgeber, das kann nicht sein. Dass das Geld umgesetzt wird, das ist die Arbeit der Regionen. Die wird nicht in Schwerin, Brandenburg, Potsdam oder in Dresden geleistet, sondern in den Regionen. Diejenigen, die hier sitzen, das sind diejenigen lokalen und regionalen Akteure, die diese Programme mit den jeweiligen Co-Finanzierungen umsetzen. Das ist die Problematik, vor der wir stehen und die wir auch so sehen.

Konkurrenzdenken. Ich glaube schon, dass ein Konkurrenzdenken da ist, aber ein gesundes. Eine gute Verkehrsinfrastruktur nutzt allen und ich denke, da wird es keine Konkurrenz geben. Und damit meine ich nicht nur die Straßen, zur Infrastruktur gehört viel mehr. Dazu gehören die Wanderwege und die Information und das alles nicht nur in einer Sprache. Wir verstehen uns in unserer Region so, dass alles, was in der Grenzregion gefördert wird, auch zweisprachig bzw. dreisprachig ist. Ich denke, das ist auch in anderen Regionen identisch. Daher ist Konkurrenz in einem gewisse Maße ganz normal. Aber auf der anderen Seite wissen alle Beteiligten dieser Branche, dass es gut ist, wenn man sich erstens gegenseitig informiert, das betrifft auch die Investoren. Denn was nützt es mir, wenn auf der anderen Seite etwas Großartiges entsteht und ich will dasselbe noch einmal machen. Das trifft z.B. auf die ganzen Spaßbäder zu. Da ist schon ein Abstimmungsbedarf notwendig, dass man nicht eine Investition tätigt und es hinterher bereut, weil man es vom anderen nicht wusste. Das sind schon

Beispiele, die eine Region ausmachen, dass man sich über bestimmte Themen verständigt, um dann letztendlich zu gemeinsamen Aufgaben zu kommen.

Der Fonds für kleine Projekte ist bei uns ähnlich. Einer der Kollegen hat die 25.000 Euro ins Spiel gebracht. Bei uns sind wir in der Diskussion bis 15.000 Euro. Dies ist längst nichts so umfangreich und kompliziert, wie ein normaler Antrag bei der INTERREG-Bearbeitungszeit. Ich glaube maximal acht Wochen und es ist ein ganz einfaches, unkompliziertes Verfahren.

Zur Nachhaltigkeit: Es ist selbstverständlich, dass bei allem Geld, was ausgegeben wird, die Nachhaltigkeit festgestellt wird. Denn letztendlich muss mit dem Förderzweck auch die Nachhaltigkeit nachgewiesen werden. Was passiert nach einer Förderung? Wir wollen nicht Maßnahmen im Bereich der Jugendbegegnung fördern und wenn die Förderung vorbei ist, ist es dann gelaufen. Also diese Sicherheit muss grundsätzlich gegeben sein und Ausnahmen gibt es immer. Ich denke, da ist keiner gefeit davor, dass einmal irgendetwas passiert, was einem nicht so sehr Freude macht. Aber grundsätzlich sind die Nachhaltigkeit und der Mehrwert für die Gemeinschaft gesichert.

Zum Thema Rechtsradikale: Das Thema ist leider noch nicht auf der Agenda, wird aber auf der Agenda sein. Wir werden ab September ein solches Büro in unserer Grenzregion einrichten, das Öffentlichkeitsarbeit leistet, präventiv arbeitet und auch für Polen und Deutsche ein Ansprechpartner sein soll. Gegenwärtig ist zu verzeichnen, dass im Landkreis Uecker-Randow mit ca. 80.000 Einwohnern 900 Polen neu dazugekommen sind. Das ist keine kleine Zahl und es nimmt zu. Das sind nicht nur Einwohner oder diejenigen, die Häuser kaufen, sondern es sind auch Unternehmen, die in die Regionen kommen. Wir brauchen da eine Sprachausbildung und Informationen in Deutsch und in Polnisch, damit sich der Bürger letztendlich, sowohl wenn er nach Polen geht oder in den deutschen Bereich kommt, auch aufgehoben fühlt und auch gut betreut wird.

Helmut Etschenberg (Vorsitzender des Aufsichtsrats der Eifel Tourismus GmbH): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich will mit der Sprache beginnen. Sie ist bei uns kein besonderes Problem, weil in den Ardennen die deutsch-belgische Gemeinschaft vorhanden ist, eine Sprachengemeinschaft, die die deutsche Sprache spricht. Wenn wir allerdings mit der Provinz Lüttich zu tun haben, kommt das Französisch dazu. Aber unsere belgischen Nachbarn sind da immer sehr aktiv und übersetzen das. Ich bewundere, dass unsere belgischen Nachbarn in drei Sprachen dann mitten im Satz auch umsteigen können. Bei den Niederländern ist es so, dass wir vereinbart haben, jeder spricht seine Sprache und der Nachbar muss sie verstehen. Insofern aktiviert das auch, diese Sprache des Nachbarn ein Stück verstehen zu lernen.

Was die Konkurrenzsituationen angeht, sage ich mit Überzeugung, Konkurrenz muss sein, aber - und das ist Entscheidende - innerhalb gemeinsam vereinbarter Ziele. Wir wollen im Tourismus gemeinsam bestimmte Ziele erreichen. Da macht es durchaus Sinn, dass der eine oder andere zur Erreichung dieses Zieles etwas schneller ist, als der andere. Das belebt und das ist eigentlich eine ganz gute Erfahrung, die wir gesammelt haben. Ich nenne als Beispiel den Eifelsteig, den wir auf deutscher Seite von Aachen nach Trier auf den Weg gebracht haben, der dieses Jahr offiziell eröffnet wird. Wir haben mit den belgischen Nachbarn vereinbaren können, dass auf der belgischen Seite durch das Gebiet des Hohen Fenn ein Ardennensteig entsteht, der mit denselben Qualitätskriterien ausgestattet ist sowie nach denselben Rahmenbedingungen ausgeschrieben wird, wie das auf deutscher Seite der Fall ist. Wir haben uns also da, wenn Sie so wollen, auf einen hohen Qualitätsstandard miteinander verständigt. Ein weiteres Projekt ist zurzeit in der Vorbereitung. Es gibt eine Bahntrasse, die Fennbahn, die noch nach dem Friedensvertrag von Versailles belgisches Hoheitsgebiet ist, aber durch unser deutsches Gebiet führt. Auf dieser Trasse wird demnächst ein kombinierter Rad- und Wanderweg angelegt, der dann die Möglichkeit beinhaltet, auch von Aachen bis nach Luxemburg und Trier mit höchstens zwei Prozent Steigung den gesamten Eifel-Ardennenraum zu durchfahren. Wenn Sie dann sehen, dass wir in der Addition eine belebende Konkurrenz auf der einen Seite mit dem Eifelsteig, auf der anderen Seite mit dem Ardennensteig und in der Mitte dann diese wunderbare Fahrradtrasse demnächst haben, dann ist das schon eine Besonderheit, die nur möglich ist, wenn man mit den belgischen Nachbarn und den Luxemburgern mit einem klaren Ziel vor Augen auf einer Wellenlänge miteinander schwebt.

Hilft die Gründung einer speziellen Gesellschaft? Ich sage alleine nein. Die EWIV (Eifel-Ardennen-Marketing), die wir gegründet haben, die funktioniert. Aber sie kann deswegen kein Zuwendungsempfänger sein, weil die nationale Co-Finanzierung daran scheitert, dass das eben jeweils ein Projekt nicht auf NRW-Gebiet, Rheinland-Pfälzer-Gebiet oder belgischem Gebiet ist. Insofern müsste man an dieser Stelle vielleicht mit Hilfestellung Ihres Besuches im Mai vielleicht einen neuen Impuls ausgeben können.

Fördermittel in die Region: Wir haben bei uns in der Region Maas-Rhein ein operationelles Programm verabschiedet, was uns eine Reihe von Möglichkeiten eröffnet. Da ist natürlich dann die Konsensfindung der Beteiligten das Problem. Aber ich denke, solche Probleme kann man besser lösen, als wenn Dritte das für einen tun. Ich nehme gerne, wie die Kollegen auch, den Hinweis von Herrn Burgbacher auf, dass wir fünf Beispiele einmal skizzieren, anhand von bereits durchgeführten Projekten, wie man es vielleicht günstiger oder besser hätte machen können. Vor allen Dingen ist die Führung des Verwendungsnachweises eine Kunst und wenn man dann erlebt, dass das nicht nur einmal geprüft wird, sondern dreimal, weil der Prüfer dem Prüfer misstraut, dann ist das schon eine seltsame Konstellation. Was dort erlebt wird, behaupte ich, ist abenteuerlich. Da würden wir Ihnen gerne Beispiele aufzeigen.

Zur Barrierefreiheit: In der Eifel ist es so, dass der Naturpark Eifel besondere Auszeichnungen erhalten hat, weil es ihm gelungen ist, entsprechende Aktivitäten der Barrierefreiheit in der Natur so miteinander zu kombinieren, dass dies wiederum jetzt ansteckende weitere Wirkung für den gesamten Eifelraum in unserer touristischen Arbeit hat.

Meine Damen und Herren, noch einmal zur Sprache. Wir sagen bei uns gern den Spruch: Vive la différence, nämlich einfach die Unterschiede leben und erleben lassen, in unseren Museen oder Anlaufstellen auch für Touristen, insbesondere den Nationalenparktoren zum Nationalpark Eifel, der einen sehr positiven Zuspruch jetzt im dritten Jahr des Bestehens erlebt. Wir haben überall viersprachige Beschreibungen vornehmen können, auch dies naturgemäß unter Berücksichtigung von Fördermitteln, die uns in diese Lage versetzt haben.

Zum Rechtsradikalismus: Auf Vogelsang - ehemalige Konversionsfläche – haben wir eine sehr schwierige Gesamtsituation, die auch mit einer Beteiligung des Bundes jetzt einer notwendigen Lösung zugeführt wird. Ich behaupte, dass Rechtsradikalismus dort am Ort erkennbar zurzeit kein Problem ist. Es wird eins werden, wenn es nicht gelingt, in absehbarer Zeit dort die Zielsetzungen, die man gemeinsam vereinbart hat, und die jetzt auch über eine Leitentscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen möglich werden, auch umzusetzen. Wir sind durchaus zuversichtlich, dass dies eine sehr gute Umsetzung dort wird. Ansonsten stimme ich Ihnen zu, dass man das Thema nicht verschweigen sollte, dort wo es ist, sondern offensiv damit umgehen, weil auch ich der Überzeugung bin, dass man nur über Aufklärung und Bildung genau das tun kann, nämlich die Menschen in die Länge zu versetzen, sich ein eigenes Bild zu verschaffen und nicht dann auf solche Parolen einzugehen.

Es war angeregt worden, dass wir vielleicht auch noch einmal in der Runde zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommen. Ich möchte gerne, weil ich der Letzte heute in der Beantwortung dieser Runde bin, die Kollegen zu uns in die Eifel einladen. Ich werde im Herbst auf Sie zukommen.

Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU): Ich danke Ihnen, meine Dame, meine Herren. Ich leite jetzt die zweite Fragerunde ein. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen kurz zu fragen und diese Fragen gezielt an den jeweiligen Experten zu richten.

Renate Gradistanac (SPD): Herzlichen Dank, meine erste Frage geht an den Beauftragten der Bundesregierung, Herrn Hinsken. Wäre es nicht zielführend, das, was Sie schon aufgeschrieben haben, zu erweitern und eine Broschüre „Best Practice bei grenzüberschreitendem Tourismus“ zu ermöglichen. Ich glaube, dass es ganz hilfreich sein könnte, da einfach einmal reinzuzugucken und auch die Stärken gemeinsam weiter zu entwickeln.

Die zweite Frage geht natürlich von der Schwarzwälderin an den Schwarzwälder, Herr Krull. Ich will noch einmal vorausschicken, was hoch spannend ist. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben uns mehrseitige Ideen und auch Handlungsempfehlungen zum europäischen Tourismus vorgelegt, hochinteressant, weil damit auch klar wird, dass die europäische Politik verstanden hat, dass der Tourismus Arbeitsplätze schafft und auch die Wertschöpfung in den Regionen und in Europa verstetigt. Wir haben einen TAB-Bericht „Zukunftstrends im Tourismus“ mit dem Schwerpunkt demographischer Wandel und Klimawandel. Ich würde mir wünschen, bei all den wichtigen Projekten, die Sie alle angesprochen haben, was muss man alles tun könne, auch diese großen Themen im Auge zu behalten. Denn in den Regionen gibt es keine Abgrenzungen, was den Klimawandel z. B. anbelangt. Das Thema Barrierefreiheit ist ja auch schon angesprochen worden.

Herr Krull, jetzt kommt die wichtigste Frage: Können Sie in drei Minuten zwei aktuelle konkrete Projekte nennen, wo Sie sagen, da arbeiten wir dran und es wird auch zielführend werden?

Brunhilde Irber (SPD): Frau Vorsitzende, ich möchte eine kleine Vorbemerkung machen. Ich glaube, es ist wunderbar, dass wir uns mit diesem Thema heute beschäftigen. Es zeigt doch auf, dass wir in Europa wirklich seit 50 Jahren Frieden haben und dass die Gemeinsamkeiten auch die Plattform sind, dass dieser Friede in der Zukunft auch gewahrt bleiben wird. Das wird jetzt auch mit dem Vertrag von Lissabon natürlich noch unterstrichen.

Jetzt haben wir vieles gehört, was an Schwierigkeiten da ist. Eine große Schwierigkeit scheint mir wirklich die rechtliche Zusammenarbeit innerhalb der Grenzregionen zu sein. Ich möchte deshalb an Herrn Sammer noch einmal die Bitte äußern, diesen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit noch näher zu erläutern. Was ist darunter zu verstehen? Was sind die materiell-rechtlichen Auswirkungen? Dies ist in unserem Ausschuss noch zu wenig bekannt. Vielleicht könnten Sie darauf noch mal eingehen, auch was das dann für Auswirkungen auf die Förderpraxis hat. Ich weiß, dass in Oberösterreich die Förderpraxis wesentlich einfacher ist als in Bayern, weil eine Ebene ausgeschaltet ist. Vielleicht wäre das auch eine Möglichkeit, dass man es in Zukunft schlanker macht und damit einfacher und effizienter für die Zusammenarbeit ist.

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Ich möchte ganz kurz drei Anmerkungen machen. Herr Etschenberg, ich kann Sie nur ermutigen – Sie sind ja quasi ein spiritus rector dieses Projektes insgesamt gewesen, dass wir uns hier im Bundestag mit dieser Thematik beschäftigen – dass Sie auch ohne uns als Abgeordnete das Thema aufzugreifen, sich über das Thema auszutauschen und ganz klar politische Forderungen zu definieren, die wir dann natürlich an die Europakollegen entsprechend weitergeben.

Zum Zweiten: Zu Herrn Heise wollte ich ergänzend sagen, das Problem, was Sie mit dem Tourismus beschreiben, ist ja kein tourismuspolitisches Problem allein, sondern wir haben das in der Frage der Landwirtschaft, Naturschutz, Wirtschaft und beim Gesundheitswesen, wo einfach das Eis brechen muss. Das war letztlich mein Anliegen in dieser Richtung. Im Übrigen dürfen wir eines nicht vergessen, wenn wir vom Geld reden – Fördertöpfe aus Brüssel - dann sind das letztendlich auch unsere deutschen Steuergelder, nicht anderes. Das kann man ruhig einmal deutlich sagen. Da haben wir gemeinsam, Sie, die es umsetzen müssen und wir politisch, eine Verantwortung, dass dieses Steuergeld der deutschen Steuerzahler intelligent, nachhaltig und effizient dort ankommt, wo wir das politisch wollen. In diesem Sinne glaube ich, machen Sie einen tollen Job und da können wir Sie dabei politisch nur nach besten Kräften unterstützen.

Jens Ackermann (FDP): Danke, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich habe zwei Nachfragen. Auf welche Art und Weise beteiligen Sie sich mit Ihren Unternehmen oder mit Ihren Vereinen und Verbänden auch an der Ausbildung, was die Berufsschule oder auch die Akademien betrifft, um den guten Qualitätsstandard, den Sie heute dargestellt haben, auch in Zukunft aufrecht zu erhalten?

Dann hätte ich gerne noch einmal eine Auskunft von Ihnen als Profis vor Ort. Können Sie einschätzen, wie sich die Kaufkraft in den letzten Jahren auf der jeweiligen Seite der Grenze entwickelt hat? Es ist ja auch für die Zukunft des Tourismus ganz wichtig, ob die Leute dann auch die Möglichkeit haben, in Zukunft das noch wahrzunehmen. Gibt es Veränderungen in der Kaufkraft auf den jeweiligen Grenzseiten?

Dr. Reinhold Hemker (SPD): Spielt in irgendeiner Art und Weise der verbindende Charakter von Jakobswegen in Ihren Regionen eine Rolle? Gibt es für Naherholungsangebote bereits binationale oder trinationale Gruppen? Der Hintergrund meiner Frage ist mein Gebiet Euregio mit der deutsch-niederländischen Verbindung. Die Grenze gibt es ja nicht mehr. Da haben wir solche Veranstalter, die ganz bewusst beide Nationalitäten ansprechen.

Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE): Ich hätte gerne eine Frage bezüglich der Lohnentwicklung im dem Bereich gestellt, noch dazu wenn es an der Grenze ein starkes Lohngefälle gibt. Gibt es da irgendwelche signifikanten Veränderungen vielleicht sogar in Richtung ganzjährige Beschäftigung oder ist das überhaupt noch nicht messbar?

Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU): Ich eröffne die Antwortrunde und zunächst hat Herr Hinsken das Wort.

Ernst Hinsken (Tourismusbeauftragter der Bundesregierung): Frau Vorsitzende, werte Kollegin Gradistanac, die Broschüre zum grenzüberschreitenden Tourismus wird dann seitens der Bundesregierung herausgegeben und ist meines Erachtens dann erforderlich, wenn es nicht individuell in den einzelnen Regionen bereits solche Broschüren gibt. Mir ist auch bekannt, dass z. B. in den verschiedenen Regionen Merkblätter vorliegen, die ausgegeben werden, um sich von dem in Kenntnis zu

setzen, was von Bedeutung ist und wo sich die jeweilige Anlaufstätte befindet. Wenn das nicht der Fall sein würde, dann würde ich herzlich ersuchen, dass dieses als Hausaufgabe mitgenommen wird. Denn eine Broschüre für ganz Deutschland herauszugeben, würde bedeuten, dass sie in fünf, sechs oder noch mehr Sprachen gedruckt werden müsste. Dies ist der Sache sicherlich nicht dienlich.

Herr Sammer, Sie haben hier berichtet über die EUREGIO Bayerischer Wald/Böhmer Wald – Mühlviertel. Zentrale Kooperationspartner, sechs in Österreich, zehn in Tschechien. Gibt es dort keine Dachorganisation als Ansprechpartner, wie z. B. die EUREGIO, wo Sie als Geschäftsführer tätig sind, damit ein zentraler Kooperationspartner zur Verfügung steht und dann auf diese Art und Weise der Bürokratie auch entgegnet werden kann?

Helmut Etschenberg (Vorsitzender des Aufsichtsrats der Eifel Tourismus GmbH): Zu der Frage Ausbildung: Es ist so, dass wir in den touristischen Organisationen selber junge Menschen ausbilden. Darüber hinaus führen wir aber auch mit Leistungsträgern, Hotels und gastronomischen Betrieben, Qualitätsoffensiven durch, wo entsprechende Qualifizierungen stattfinden. Wir arbeiten mit der Tourismusfachschule in unserer Region in Euskirchen Kall zusammen, wo wir helfen, dass also Ausbildungslehrgänge dieser Art auch stattfinden, und wir selbst als Kreise und Kommunen, zum Teil auch als Tourismusorganisationen, im Ausbildungsverbund junge Leute beschäftigen, damit solche Möglichkeiten auch bei uns eröffnet werden. Erfreulich ist, dass viele der Absolventen sich anschließend auch in unserer Region in entsprechenden Aufgabenstellungen wieder finden. An dieser Stelle glaube ich, ist gut etwas vorweisbar.

Zu den Jakobswegen: Im Bereich Aachen spielt das eine Rolle, im Bereich der Eifel etwas weniger. Was die weiteren Fragen angeht, würde ich dann gerne an die Kollegen weitergeben.

Peter Heise (Geschäftsführer der Kommunalgemeinschaft Europaregion POMERANIA e. V.): Ähnlich wie bei meinem Nachbarn, Herrn Etschenberg, gibt es auch bei uns die Touristiker Ausbildung. Das läuft über die Fremdenverkehrsverbände, die das für uns letztendlich über INTERREG geleistet haben und das mit großem Erfolg. Es gab auch ein Projekt der deutsch-polnischen Berufsausbildung in dieser Sparte, aber nur ein einziges Mal, das ist auch schwierig, weil diese Berufsbezeichnung in Polen nicht so geführt wird. Dann muss man wissen, dass die Berufsausbildung in den Ländern dual ist. In Polen haben wir das staatliche System der Ausbildung. Das sind alles nicht so leichte Dinge. Aber wie gesagt, das gibt es, das ist nichts Neues.

Den Jakobsweg gibt es bei uns auch. Zur Kaufkraft: Ich denke, die Kaufkraft der polnischen Bürger kann man daran messen, dass sie bereit sind, Tageskarten z. B. für den Tierpark zu erwerben, die sechs Euro betragen, für Kinder drei oder vier Euro. Das ist für einen polnischen Bürger nicht wenig. Aber sie leisten sich das und sie fahren dort hin. Ich hatte am Anfang gesagt, dass es im Jahr 2007 6.000 Besucher waren, und nicht gefördert. Von Stettin oder vom Nahbereich Polen bis nach Ueckermünde ist es ein recht umständlicher Weg. Ich denke, das sind fast 50 bis 60 Kilometer, die man fahren muss, um dort hinzukommen. Auf der Insel Usedom profitieren viele touristische Einrichtungen vom Besuch der polnischen Bürger. Kaufhallen im Nahbereich der Grenze würden ohne die polnischen Bürger gar nicht mehr existieren. Ich denke, da kann mir mein Görlitzer Kollege beipflichten. Das Sprachgewirr in den Kaufhallen ist ein sehr gemischtes. Es gab eine Analyse einer Stadt im Grenzbereich bei „Marktkauf“. Dort waren in der Woche 30 % der Käufer Polen, am Wochenende 40 %. Sie sehen damit, dass Kaufkraft da ist und dass es auch funktioniert. Das Lohngefälle und das kann man auch in den statistischen Berichten nachlesen, hat sich fast - muss man sagen - angeglichen. Das hat etwas mit dem Wegzug vieler Polen zu tun und der Arbeitsaufnahme in anderen Bereichen. Wir haben einen jährlichen Lohnzuwachs von fast 10 %. Das, was wir bei uns in den Tarifverhandlungen mit 3 bis 4 % schon als problematisch sehen, das sind tatsächlich diese Größenordnungen, die dort stattfinden. Das sehen wir auch bei den Anträgen für INTERREG IV A. Da geht es ja auch letztendlich um die Darstellung der Finanzierung von Personen. Da merken wir sehr wohl, wie die Finanzierung oder die Gehälter angeglichen sind. Es ist innerhalb weniger Jahre nicht der Ausgleich, aber doch ein Angleich passiert, wie er von uns so überhaupt nicht vorausgesehen wurde. Ich denke, es ist auch gut, weil sich dadurch auch vieles ausgleicht. War es bisher nur der Besucher, der dort getankt hat oder auf den Billigmärkten einkaufen gegangen ist, so konzentriert es sich doch jetzt gerade auf den touristischen Bereich, wie der Besuch von kulturellen Einrichtungen sowohl auf der einen, als auch auf der anderen Seite. Ich denke, das wird sich in den kommenden Jahren noch mehr verbessern. Das ist auch an den Maßnahmen erkenntlich, die die jeweilige Seite einleitet. Da ist nicht mehr das große Problem zu sehen, dass es die großen Lohnunterschiede gibt.

Christopher Krull (Geschäftsführer Schwarzwald Tourismus GmbH, Expertenausschuss Tourismus Oberrheinkonferenz): Frau Gradistanac, Sie wissen, der Schwarzwald ist sozusagen das

Paradebeispiel für den Deutschlandtourismus. Da haben wir einfach eine Herausforderung für die Zukunft. Diese Herausforderungen sind drei Dinge, die auch im grenzüberschreitenden Tourismus eine Rolle spielen. Das eine ist, der Urlaub im Schwarzwald, auch der Kurzurlaub, ist nicht mehr billig so wie früher, also in den 70er und 80er Jahren. Da spreche ich für meine Kollegen ganz genauso, sondern heute muss man es sich leisten können, bei uns Urlaub zu machen. Das bedeutet, dass sich der Wirt wandeln muss, eben von einem normalen Schnitzel-Pommes-Salat-Wirt zu einem Wohlfühl-Dienstleister. Nur dann haben wir eine Chance, zu überleben. Das wissen die Elsässer für sich im Elsass ganz genauso.

Das zweite Problem, was wir haben, ist, dass es durch den Klimawandel keinen Winter mehr im Schwarzwald in Zukunft gibt. Das heißt, einen Winter schon, aber eben nicht die 40 % Übernachtungen mit dem Schnee, die damit in Verbindung stehen.

Das dritte Problem ist ganz klar der demographische Wandel. Wir haben 80 % unserer Gäste aus Deutschland. Da wir in etwa 50 Jahren 13 bis 14 Mio. weniger Deutsche sind, trifft es uns auch im Tourismus.

Antworten darauf, ganz kurz gesagt: KONUS sprach ich eben schon an, auch grenzüberschreitend. Machen Sie ein gutes Projekt, was unweltfreundlich nachhaltig wirkt. Das macht begehrtlich. Es gucken alle darauf und die anderen wollen es auch haben. Das ist ein gutes und wichtiges Projekt, und so geht das momentan auch. Es dauert ein bisschen, muss man zugeben.

Wir werden im Schwarzwald Pflege- und Tourismusprojekte aufmachen, wo auf den demographischen Wandel Rücksicht genommen wird. Da kommen wir gar nicht drum herum. Die Deutschen, die weniger kommen, brauchen wir als Ausländer mehr. Da ist unser Potenzial für die Zukunft. Das haben wir schon mit Bravour geschafft, gerade durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich. Hier haben wir einen Zuwachs von Franzosen zu uns in die Region, die auf einmal entdecken, da kann man auch gut essen und da gibt es dann noch Thermalquellen sowie fantastische Hotels. Ich sage einmal ganz deutlich, in Frankreich ist das Hotelniveau so was von unterschiedlich zu dem unsrigen. Da haben wir alle guten Karten in der Hand. Und die sollen sich jetzt einmal anstrengen. Das tun sie auch, und damit die Abstandswahrung bewahrt bleibt, werden unsere Hotels auch wieder ein wenig gezwungen zu investieren. Das ist gut.

Dipl.-Ing. Kaspar Sammer (Geschäftsführer EUREGIO Freyung – Bayerischer Wald/Böhmer Wald Sumava): Zur Frage von Herrn Hinsken und von Frau Irber: Das Thema EVTZ ist eine der fünf Rahmenverordnungen im Bereich der Struktur- und Kohäsionspolitik in der Zukunft. Daneben gibt es den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) in der Zukunft in Europa mit zwei Zielen. Das eine Ziel ist, zukünftig Projektträgern zu ermöglichen komplexe, gemeinschaftliche Projekte durchzuführen und sich dabei auf ein Landesrecht zu beziehen. Das ist eigentlich das Entscheidende, wo es in der Vergangenheit immer Probleme gegeben hat. Wobei offen ist, wie bei eventuellen Problemen entsprechende rechtliche Ansprüche im Nachbarstaat auch eingefordert werden können. Dies lässt die Verordnung noch offen. Da erhofft man sich von den nationalen Regelungen, das noch genauer und differenzierter aufbereitet zu bekommen.

Der zweite Aspekt neben den Projekten ist das Programm-Management. Die Europäische Kommission hat diese Verordnung erlassen, um Regionen in der Zukunft die Möglichkeit zu geben, auch Programme aus Europa umzusetzen und durchführen zu können. Einen ersten EVTZ in Europa gibt es bereits im Bereich Lille, wo man versucht, solche gemeinschaftlichen Interreg-Programme in der Zukunft regional zu managen und auch umzusetzen.

Zu Österreich gab es eine Frage zur Bürokratie und was machen die besser. Ich hatte schon gesagt, in Österreich ist auch nicht alles Gold was glänzt. Aber sie sind natürlich sehr pragmatisch aufgestellt, es fehlt eine Ebene. Das ist völlig richtig und das macht heute manches etwas schneller.

Zu der Frage von Herrn Hinsken hinsichtlich der vielen Kooperationspartner: Wir haben die natürlich in den Regionen. Und warum haben wir sie? Weil in Tschechien die euroregionalen Strukturen und die Euregiones so aufgestellt sind, muss ich ganz ehrlich sagen, wie auf unserer Seite. Das erleben wir immer wieder, deshalb haben wir so viele Kooperationspartner und das wird allen Grenzgebieten eigentlich genauso gehen. Die Euregiones sind zwar da, aber sie sind insgesamt noch zu schwach. Und warum? Weil man schon häufig in den Kommunen kämpfen muss, wenn es um 300 oder 400 Euro Co-Finanzierung für ein Jahr geht. Dann ist es nicht selbstverständlich, ob die Gemeinderäte auch bereit sind, dies für dieses Management zu bezahlen. Da müssen wir eine Bewusstseinsbildung auch in der Zukunft betreiben. Deshalb ergibt sich das große Feld der Kooperationspartner in

Tschechien und macht es natürlich schwierig, auch für unsere Tourismusverbände. Das ist überhaupt keine Frage, weil es eine sehr breit gefächerte und zerklüftete Struktur insgesamt ist. Aber der EVTZ ist unbedingt in der Zukunft weiter zu unterstützen. Diese Verordnung war lange Zeit umstritten, aber sie kann den Grenzregionen sehr viel bringen. Die Grenzregionen sind wirklich die Nahtstellen der Geschichte und auch der europäischen Integration in der Zukunft. Der Tourismus ist eine Kernkompetenz für diese Regionen und er muss auch grenzüberschreitend in den nächsten Jahren ausgebaut werden. Helfen Sie uns da, dass wir das erreichen.

Vorsitzende Marlene Mortler (CDU/CSU): Ich möchte an der Stelle schließen und dem nichts hinzufügen, denn es war ein wunderbares Schlusswort, Herr Sammer. Ich danke Ihnen und würde mich freuen, wenn wir in Verbindung bleiben können.

Schluss der Sitzung: 16.15 Uhr

Marlene Mortler, MdB
Vorsitzende